



Blattelbehalter Abonnementspreis in Breslau 2 Zfr., außerhalb incl. Porto 2 Zfr., 11/2 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Preussisch 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrmannstraße Nr. 20. Außerdem übernehmend alle Postanstalten Verordnungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, zu den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 245. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 30. Mai 1861.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 29. Mai, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 41 Min.) Staats-Schuldenscheine 88 1/2. Prämienanleihe 122. Neueste Anleihe 107 1/2. Schles. Bankverein 85. Oberschlesische Litt. A. 121. Oberschl. Litt. B. 110 1/2. Freiburger 103 1/2. Wilhelmsbahn 33 1/2. Rheinf. Brieger 49. Larnowitzer 33 1/2. Wien 2 Monate 71 1/2. Ost. Credit-Anstalt 63 1/2. Oesterr. National-Anleihe 57 1/2. Oest. Lotterie-Anleihe 61 1/2. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Anstalt 133. Oesterr. Banknoten 72 1/2. Darmstädter 73 1/2. Command. Anleihe 85 1/2. Köln-Minden 152 1/2. Rheinische Aktien 83 1/2. Posener Provinzialbank 90. Mainz-Ludwigshafen 106. — Aktien matt.

Berlin, 29. Mai. Roggen: niedriger. Mai-Juni 44 1/2, Juni-Juli 44 1/2, Juli-August 45 1/2, Sept.-Okt. 47. — Spiritus: weicher. Mai-Juni 18 1/2, Juni-Juli 18 1/2, Juli-August 19 1/2, Sept.-Okt. 19 1/2. — Weizen: unverändert. Mai 11 1/2, Sept.-Okt. 12 1/2.

## Δ Zur Amnestiefrage.

Nach der Antwort des Justizministers auf die Interpellation des Abgeordneten Senff haben die Amnestierten, wenn sie sich länger als 10 Jahre im Auslande aufgehalten haben, die Eigenschaft als Preußen oder das preussische Staatsbürgerrecht verloren. Es ist zwar unglücklich, aber nichts desto weniger wahr und nach den Gesetzen vollkommen in der Ordnung. Wenn wir uns gewundert haben, daß die Polizeipräsidien von Berlin und Breslau an die Flüchtlinge Marx und Kugel die Aufforderung stellten, sich Aufenthaltskarten zu lösen, da sie das preussische Staatsbürgerrecht nicht mehr besitzen, so beweist diese Bemerkung bloß, daß wir unsere Gesetze nicht so gut kennen, als die erwähnten Polizeipräsidien, oder auch daß wir sie nicht so gut anzuwenden verstehen. Denn — befehrt uns der Justizminister — § 15 Nr. 3 und § 22 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 bestimmen einfach, daß derjenige, welcher ohne Erlaubnis die preussischen Staaten verläßt und nicht binnen 10 Jahren zurückkehrt, die Eigenschaft als Preuze verliert. Von den politischen Flüchtlingen haben nun mindestens neun Zehntel im Jahre 1848 oder 1849 die preussischen Staaten verlassen, natürlich „ohne Erlaubnis“, mithin haben sie nach § 15 Nr. 3 und § 22 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 die Eigenschaft als Preußen verloren — quod erat demonstrandum, setzt der Mathematiker hinzu. Daß uns und mit uns so überaus Vielen eine so einfache Schlussfolgerung entgehen konnte!

Allerdings müssen wir zu unserer Entschuldigung die Amnestie anführen, denn wir haben einmal im Griechischen gelernt, daß in dem Worte „Amnestie“ der Begriff des „vollständigen Vergessens“ liegt, daß sich gerade dadurch die Amnestie von der Begnadigung unterscheidet — aber da befehrt uns der Justizminister wieder, daß nur „was den Charakter der Strafe hat, in den Bereich der allerhöchsten Amnestie fällt“, daß aber „der Verlust der Eigenschaft als Preuze einem ganz andern Gebiete angehört, nämlich dem des Staatsrechts, des Heimathrechts“. In Oesterreich — wir wissen gar nicht, warum uns jetzt immer der Vergleich mit Oesterreich in den Sinn kommt — in Oesterreich also müssen sie ganz andere Gesetze haben; es ist wahr, in Oesterreich hat die Reaction weit heftiger gewüthet als bei uns, aber mit der Amnestie ist dort auch Alles abgemacht; nach der Rückkehr sind die politischen Flüchtlinge gerade so gut Oesterreicher, wie zuvor und wie alle Uebrigen.

Viele haben auf die in der Amnestie gebrauchten Worte: „ungehinderte Rückkehr“ großen Werth gelegt, sie haben aber nicht bedacht, daß „ungehinderte Rückkehr“ ganz etwas Anderes ist als „ungehindertes Dableiben“; zurückkehren konnten die Flüchtlinge, aber was das Dableiben betrifft, so müssen sie — sagt uns wiederum der Justizminister — „das preussische Staatsbürgerrecht nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften wieder erlangen“. Die liberalen Zeitungen werden darüber ein großes Geschrei erheben; wir, die wir uns auch zu den Liberalen rechnen, thun das nicht; wir erklären einfach: wir besanden uns in einem Irrthume, in einem starken Irrthume.

Die Sache steht jetzt so: Die Flüchtlinge können zurückkehren, aber sie haben kein Vaterland, denn das preussische Staatsbürgerrecht besitzen sie nicht mehr, ein deutsches existirt nicht, und ein lippe-delmoldisches oder ein lichtensteinisches wollen sie nicht. Jedoch das ist ihre Sache; warum haben sie die preussischen Staaten „ohne Erlaubnis“ verlassen? Ferner: die Flüchtlinge können auch ungehindert zurückkehren, aber wenn sie irgendwo im preussischen Staate bleiben wollen, so müssen sie — denn sie sind ja nicht Preußen — wie alle Fremden eine Aufenthaltskarte lösen, und da diese ihnen gewährt wird, so kann sie ihnen auch versagt werden, und wenn das überall geschieht, nun so können sie wieder dahin gehen, woher sie gekommen sind, — daß dadurch ihre „ungehinderte Rückkehr in die preussischen Staaten“ verkehrt, oder daß dem Wortlaute der Amnestie widersprochen würde, wird Niemand behaupten, der gewohnt ist, die Gesetze eben nach dem Wortlaute zu interpretiren. Aber wir nehmen an: es wird Niemand die Aufenthaltskarte versagt, weil er, wie wir gleich sehen werden, nicht mehr „bescholten“ ist. Wie nun, wenn er jetzt beispielsweise als publizistischer Schriftsteller durch die Presse sich wieder eines politischen Verbrechens schuldig macht und verurtheilt wird — dann ist er wieder „bescholten“, dann wird ihm auf Grund des Gesetzes die Aufenthaltskarte und schließlich, ebenfalls auf Grund des Gesetzes, das preussische Staatsbürgerrecht versagt. Wäre er aber, wie Viele glauben, durch die Amnestie ohne Weiteres wieder preussischer Staatsbürger geworden, so würde er auch natürlich im Falle einer Verurtheilung seine Strafe erleiden, aber wenigstens nach wie vor ungehindert in Preußen bleiben können.

Wie nun ein Trost bei allen Täuschungen des Lebens ist, so giebt auch der Justizminister den Flüchtlingen, die keine Preußen mehr sind, einen Trost: nämlich § 7 des Ges. vom 31. Decbr. 1842 verlangt als Bedingung zur Erlangung des Staatsbürgerrechts einen „unbescholtenen“ Lebenswandel; nun nach der Ansicht der Staatsregierung haben die Flüchtlinge durch die Amnestie diese „Unbescholtenheit“ wieder erlangt; also wegen der früheren Bescholtenheit soll ihnen das Staatsbürgerrecht nicht versagt werden. Bei dieser Stelle der Antwort auf die Interpellation finden wir im Landtagsberichte das Wort „Bravo“ eingeschaltet. Was dieses „Bravo“ soll, darüber möchten wir uns doch von den Bravouristen eine Auskunft erbitten. In der That, nachdem **Er. Majestät der König** in dem allerhöchsten Amnestie-Erlasse den früher Verurtheilten alle Ehrenrechte wieder verliehen, da ist es wohl etwas Außerordentliches, etwas des Weisfalls und des Bravouruses vorzugsweise Würdiges, wenn nun auch die Staatsregierung erklärt, daß sie diese Männer nicht mehr für „bescholten“ erachte: wir dächten, das hätte sich so sehr von selbst verstanden, daß eine Antwort des Justizministers darauf gar nicht nöthig

gewesen wäre, wenn nicht die Interpellation selbst die Frage mit darauf gerichtet hätte.

Im Allgemeinen aber müssen wir es aussprechen, daß nichts so sehr geeignet war, den großen und schönen Eindruck, welchen die Amnestie gemacht hat, so gänzlich zu vernichten oder wenigstens zu verflümmern, wie diese Antwort des Justizministers. Gewiß ist sie in den Gesetzen begründet, aber dem Geiste und dem Sinne, in welchem die Amnestie erlassen ist, widerspricht sie vollständig. Wir wissen es: der König steht nicht über dem Gesetze; wir wollen auch, daß selbst durch die Amnestie, durch die schönste Prärogative der Krone, weder ein Gesetz, noch auch nur ein Paragraph eines Gesetzes verletzt werden soll. Aber Sache des Staatsministeriums war es, diesen Widerspruch zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und dem Geiste der Amnestie vorherzusehen, und Sache des Staatsministeriums war es in diesem Falle, durch die Vereinigung der drei Faktoren der Gesetzgebung die betreffenden Paragraphen des Gesetzes vom 31. Decbr. 1842 auf die politischen Flüchtlinge für nicht anwendbar erklären zu lassen. Die Antwort des Justizministers — nun einen besseren Stoff konnte die preussische Presse der Mittelstaaten und Oesterreichs sich nicht wünschen.

## Preußen. Landtag.

K. C. 58. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 28. Mai. (Schluß.)

Zum Schluß wende ich mich noch gegen die Rühler des Hauses (Heiterkeit), d. h. die Herren, die nichts bewilligen wollen. Es liegt allerdings eine Art logischer Consequenz in ihrem Verhalten, „Nein“ zu sagen. Aber auf diesem Wege wird der Zweck, den sie verfolgen, die zweijährige Dienstzeit nicht erreicht, höchstens die Streitbarkeit der Armee aufgehoben werden. Das Mittel finde er aber sehr bedenklich bei der kritischen Lage der gegenwärtigen Politik. Außerdem wäre eine Störung der inneren Verhältnisse die unausbleibliche Consequenz. Eine vollständige Verweigerung würde eine Auflösung aller Verhältnisse nach sich ziehen, würde Preußen von der Höhe herunterstürzen lassen, die ihm in Europa und in Deutschland gebührt. Deshalb erkläre ich mich mit Entschiedenheit gegen ein solches Votum. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. v. Brand ist auf der Bühne völlig unverständlich: er spricht für die Nothwendigkeit einer Kräftigung in Hinsicht auf die politische Lage Europas.

Abg. Osterrath (zur Geschäftsordnung) beantragt die Vertagung (es ist 2 Uhr) und Fortsetzung der Verhandlung in einer Abend Sitzung, da eine schleunige Erledigung des Budgets, dessen Zusammenstellung wohl noch besondere Arbeit beanspruchen möchte, geboten sei. (Die Mitglieder, welche sehr zahlreich während der letzten Rede den Saal verlassen hatten, kehren in dichten Scharen zurück.)

Abg. v. Vinde warnt, auf frühere Erfahrung gestützt, vor Abend-Sitzungen, die stets ganz unersprißlich gewesen; man habe des Abends die Mitglieder (auf die Linde deutend) lang ausgefracht auf den Bänken liegen sehen (Heiterkeit); er meine natürlich die Mitglieder, die früher dem Hause angehört. Zudem sei man ja jetzt von Neuem erfrischt und könne fortfahren.

Abg. Osterrath: Er sei nicht erfrischt, da er dem letzten Redner zugehört. — Die Abhaltung der Abend Sitzung wird abgelehnt und die Diskussion fortgesetzt.

Abg. Kühne (Berlin) schwer verständlich: Die Regierung habe im vorigen Jahre eine Vorlage zugelegt zur definitiven Festlegung; so lange diese Vorlage nicht gemacht, dürfe man das Ordinarium nicht bewilligen; ein anderer Grund sei der, daß ordentliche dauernde Ausgaben nur so weit bewilligt werden dürfen, als eine Deckung an dauernden Einnahmen im Budget gesichert sei. Hierfür biete nun das Budget keine Garantie, und wenn er auch die Berechnungen des Finanzministers nicht ansetzen wolle, so dürfe man doch darauf nicht als sicher bauen. Die Regierungsvorlage, das müsse man zugeben, sei aus wohlwollenden Berathungen von Sachverständigen hervorgegangen, und Angesichts der drohenden Conflicte sei eine Stärkung der Armee dringend nöthig. Die Abweisung des Trains sei eine übel angebrachte Sparanleihe, der Kasernenbau eine offene Schuld seit 1820, wo den Gemeinden bei Regelung des Abgabewesens die Kasernierung der Unteroffiziere und Soldaten zugesagt wurde. Er rechne nur 750,000 Thlr. als thunlich zu sparen heraus und bitte das Haus recht dringend, sein Amendement anzunehmen. (Bravo.)

Finanzminister v. Patow: Die Regierung muß gewiß in dem vom Abgeordneten Kühne gestellten Amendement und in seiner Motivierung ein bereitwilliges Entgegenkommen erwidern, muß es aber bedauern, daß sie sich nicht auf seinen Standpunkt stellen kann. Abg. v. Vinde hat aus dem im vorigen Jahre vom Ministerium abgegebenen Erklärungen den Beweis entnehmen wollen, daß das Haus nicht anders verfahren kann, als die Forderung im Extraordinarium bewilligen. Der Regierung ist jedoch damals nicht in den Sinn gekommen, zu glauben, daß ein Definitivum erreicht sei, — dafür war ja gesorgt — sie war vielmehr der Meinung, daß die definitive Regelung einer weiteren Vereinbarung vorbehalten bleiben müsse. Die Regierung wollte im vorigen Jahre zweierlei; sie wollte, um die Umgestaltung möglich machen zu können, eine höhere Summe bewilligen, und sie hatte außerdem eine Revision des Gesetzes vom September 1814 in Vorschlag gebracht. Mit diesen beiden Plänen verfolgte sie eine Reihe von Zwecken; sie fand jedoch in diesen Vorschlägen, von denen sie vorausgesetzt hatte, daß sie von Seiten des Landes mit einer gewissen Dankbarkeit aufgenommen werden würden, in der Commission des Hauses Widerspruch, und sie hat davon abgesehen, den zweiten Zweck weiter zu verfolgen, wenigstens zur Zeit. Die Regierung hat sich in diesem Jahre lediglich darauf beschränkt, die Regelung des finanziellen Theiles der Frage vorzunehmen, und wenn ich im vorigen Jahre von einer definitiven Regelung gesprochen habe, so habe ich nur an den Finanzpunkt gedacht. Diese Regelung hat die Staatsregierung jetzt vorgelegt. Daß die Regierung bei dem, was sie bisher gethan, sich innerhalb der Schranken des Gesetzes bewegt hat, ist von allen Seiten anerkannt; auch darüber wird kein Zweifel erhoben werden können, daß die Regierung für den Fall eines Krieges ihren Organisationsplan durchzuführen berechtigt sei. Die Frage, ob dies schon bei einer Mobilmachung geschehen sei, ist allerdings noch eine offene, und ich glaube sie so auslegen zu können, daß die Regierung durch § 15 des Gesetzes von 1820 gegebene Befugnis schon bei der Mobilmachung eintritt. Die Regierung verkennt aber nicht, daß diese Frage eine zweifelhafte sei, und sie behält sich vor, dieselbe im Wege der Gesetzgebung zum Austrag zu bringen, und zwar wird sie es sich angelegen sein lassen, dies bald zu thun. Die Sache liegt doch immerhin so, daß der von der Regierung vorgeschlagene Reorganisationsplan für den Fall eines Krieges unbedingt gesetzlich zulässig ist; für den Fall des Friedens hat die Regierung die Befugnis nicht. Liegt die Sache so, dann ist kein Grund vorhanden, die Bewilligung nur im Extraordinarium eintreten zu lassen. Was den finanziellen Punkt anlangt, so ist behauptet, daß der Militäretat alle andere abjorbire; ich behaupte jedoch, daß kein Jahr so fruchtbar an finanziellen Gesetzen und Erleichterungen gewesen ist, als das gegenwärtige. Ich verweise auf die Grundsteuer, Gewerbesteuer, Abschaffung der Durchgangszölle, Ermäßigung der Rheinzölle, Zeitungssteuer u. s. w., und wenn es auch paradox erscheinen möchte, die Grund- und Gewerbesteuer hier mit zu erwähnen, so glaube ich doch, daß trotz ihrer Erhöhung die zweckmäßigere Veranlagung eine Erleichterung herbeiführen wird. — Meine aufgestellten Berechnungen werden zutreffen, wenn wir 4—5 Jahre Frieden behalten; kommt es in dieser Zeit zum Kriege, dann wird nach unserem Etat sehr wenig gefragt werden; dann werden die größeren Summen, welche gefordert werden müssen, von der Landesvertretung bewilligt werden, und es wird Sie dann nicht gereuen, die jetzt geforderten Mittel unverzüglich gewährt zu haben.

Der Bestand des Staats-Schatzes ist aus dem Residuum von Anleihen ge-

bildet, aber der Staats-Schatz hat sich in den letzten Jahren sehr vermehrt, und ich hoffe, daß auch die Bedürfnisse fernerer Jahre in den Staats-Ueberschüssen ihre Deckung finden werden, so daß ein Zurückgehen auf den Staats-Schatz nicht erforderlich sein wird.

Man hat nun gestern mit Bedauern bemerkt, daß ich die Pläne der Regierung in Bezug auf die Verbesserung der Beamtenbesoldungen als geschlossen ansehe; nach dem Plane, wie ihn die Staatsregierung im vorigen Jahre vorgelegt, ist diese Angelegenheit im Wesentlichen allerdings als geschlossen anzusehen, dabei soll aber durchaus nicht ausgeschlossen werden, daß auf diesem Gebiete noch weiter vorgegangen werden kann und daß dies nicht wünschenswerth sei.

Der Abg. Kühne hat endlich geäußert, daß es gegen die guten Grundsätze der Finanzverwaltung freite, Ausgaben auf den Etat zu bringen, für welche man nicht genügende Deckung habe. Diesen Grund sah ich an, habe aber schon früher geltend gemacht, daß, wenn man denselben eifern festhalten will, man nie eine größere Organisation in's Leben rufen wird. Ich habe schon früher darauf hingedeutet, daß das Haus diesen Standpunkt, wo es sich um große Zwecke handelte, auch nie eingegeben hat; wir haben die Justiz-Organisation beschlossen mit einem Defizit. Ich glaube, Sie werden zugeben, daß die Justizorganisation, wenn sie damals nicht beschloffen wäre, heute nicht in's Leben treten würde. Ich möchte anbelangen, doch auf diese Vorgänge Rücksicht zu nehmen und deshalb aus dem angeführten Grunde keine Motive herzunehmen, gegen die Form der beantragten Bewilligung zu stimmen.

Kriegsminister v. Roon: Es handle sich nicht darum, ob die Organisation schon eine vollendete, sondern ob die gemachten Ausgaben dauernde seien oder nicht. Der Standpunkt des Finanzministers sei auch der seinige. Es empfehle sich nicht, der Armee das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Einheit zu nehmen. Eine Lockerung der Disciplin habe der Abg. Wagner wohl nicht wirklich gemeint; wie auch die Beschlüsse ausfallen mögen, die Disciplin werde intact bleiben. Wenn Hr. v. Vinde bedauert, daß er, der Minister, nicht der Aeußerung entgegengetreten, so müsse er bemerken, daß er doch nicht Alles widerlegen könne, was ihm hier nicht gefalle (große Heiterkeit); 350 Jungen gegen Eine! — Einige militärische Erklärungen möchten bei Vielen das Verständnis erleichtern; er wolle deshalb einige Angaben widerlegen. Man habe von Entwertung der Armee durch die neue Formation gesprochen; er frage nun, ob unsere Armee jetzt geringer sei, als die von 1859, mit der man ins Feld ziehen wollte? Warum sollte sie weniger werth sein? Weil sie keine Hauptleute dritter Klasse habe? Nun, die seien doch nicht nach Japan geschickt. Sie seien in der Armee, welche durch einen Zuwachs von 900 Offizieren verstärkt worden sei. Zu der feinen Distinction zwischen Mobilmachung und Krieg fehle ihm das rechte Verständnis; es komme ihm vor, als ob man die Mobilmachung, Kriegsbereitschaft u. s. fonfundire. Wenn man sich zu einem drohenden Kriege vortheilhaft vorbereite, so lasse man die Leute zu Hause, sammle aber da das nöthige Material an, wo man es brauche, dann berufe man die Mannschaft ein, formire Bataillone zu 600, 700, 800 oder 1000 Mann. Dazu sei nichts erforderlich, als der Befehl des Kommandirenden an die Führer der Landwehrbataillone; das Sammeln der Mannschaft sei das Leichteste, das Schwierigste und Zeitraubende sei das Gestellen der Fahrzeuge, Pferde u. s. — Einer der größten Vortheile — oder nach Ansicht des Abg. Waldeck, Nachtheile — der Organisation sei, daß man mit ihr kriegerische Demonstrationen machen könne, sich kriegerisch hinstellen könne, ohne Handel und Gewerbe zu stören.

Hr. v. Vinde habe ihn gefragt, warum er im vor. Jahre ein Gesetz vorgelegt habe und in diesem nicht? Das betreffe nun Persönlichkeiten, die man nicht gern öffentlich erörtere. Ein Vortheil der Organisation, das wiederhole er, sei, daß die älteren Landwehrkräfte erleichtert und dadurch manchem Jammer vorgebeugt werde. Auch komme er wieder darauf zurück, daß das Land jetzt die Last der Armee eher tragen könne, als 1820. — In Bezug auf die Landwehr, deren Leistungen er wiederholt anerkenne, seien doch viele nebelhafte Ansichten verbreitet; man sehe nicht die Wirklichkeit, wie sie sei; die Landwehr des Friedens sei nicht so identisch mit der Landwehr von 1813—1815; selbst Scharnhorst habe die Landwehr einen Nothbehelf und für lange Friedenszeiten untauglich genannt. Niemand habe die Landwehr nachgeahmt, nur Sardinien im beschränkten Maße. — Die Bezeichnung „productiv“ für die militärischen Ausgaben müsse er aufrecht halten, so lange wir nicht im goldenen Zeitalter leben, so lange nicht der Tiger mit dem Lamm sich amüsiert (Heiterkeit); bis dahin müsse man sich wehren, daß einem nicht die Wölle gehören werde (Bravo).

Der Schluß der allgemeinen Discussion wird beantragt — es sind noch sechs Redner eingeschrieben — und beschloffen.

Wagen einer Reihe persönlicher Bemerkungen ist die des Abgeordneten Wagner hervorzuheben, wonach seine Aeußerung wegen der Forderung der Disciplin nur in dem Sinne zu verstehen ist, wie der Kriegsminister in der Commission sich geäußert: bei einem steten Provisorium könne kein Organismus gesund bleiben. — Die Worte des Abgeordneten Roon: „Du sollst den Namen deines Königs nicht unnützlich führen“, werden von dem Abgeordneten v. Wandenburg wiederholt eine „unwürdige Parodie“ genannt; Präsident: Das sei keine persönliche Bemerkung, eschon Persönlichkeit genug darin liege.

Berichterstatte Abgeordneter Stavenhagen: Von vorn herein müsse er sich mit einer Kategorie von Aeußerungen abfinden, die gestern namentlich in dem Grafen Oriola einen Vertreter gefunden hätten: mit den Bemerkungen an den Patriotismus und den Ermahnungen an die Ehre Preußens. Dergleichen Ermahnungen möchte er für sich und die Commission sich in Zukunft mit aller Höflichkeit verbitten. Er habe für seinen schwachen Theil in früheren Jahren daran mitgeholfen, die nationale Ehre und den Ruhm des Landes wieder herzustellen; er werde somit einermassen die Präsumtion für sich haben, daß er Willens sei, die damals erworbenen Güter zu bewahren. Es habe hier überhaupt Niemand ein Privilegium auf Patriotismus. Im Ziel seien Alle einig; allgemeine Bitten nützen nichts. — Er sei der getrimten Rede des Kriegsministers aufmerksam gefolgt, habe aber nicht gefunden, daß er dem Commissions-Bericht einen Fetzen nachgewiesen habe. Die Frage der Stellung der Landwehr müsse uns am Herzen liegen; es sei wahr, was der Minister gesagt, daß sie immer noch ein achtbarer Theil der Organisation sei; aber das sei nicht minder wahr, daß die Bedeutung der Landwehr wesentlich alterirt worden sei. Scharnhorst möge gesagt haben, daß die Landwehr ein Nothbehelf sei — obwohl ihm eine solche Aeußerung nicht bekannt sei — aber wenn Scharnhorst sie gemacht, so geschah es sicher nur, als noch kein Landwehrmann im Gefecht war. Was die Landwehr später, nach seinem Tode, geleistet, das sei über alles hinausgegangen, was der Gründer erwartet. In dem Geiste des Stifeters halte er (Redner) an der Landwehr fest; dabei sei er jedenfalls in guter Gesellschaft. — Die seltene Nachahmung der Landwehr in andern Ländern angehend, so sei eben zu beachten, daß sich das Charakteristische einer Nation nicht nachahmen lasse. Die finanziellen Ausstüßungen des Finanzministers seien wohl zu rüffig; Namens der Commission müsse er jedenfalls festhalten daran, daß die 8 1/2 Millionen, auf welche der Finanzminister die künftigen Mehrausgaben für das Militär schätze, zu niedrig gegriffen seien, daß noch 1 1/2 bis 2 Millionen mehr nöthig sein würden. — Die Hoffnungen, die man seitens der Regierung auf die Annahme der Vorlage für unsere Stellung in Deutschland hege, kann er nicht theilen; er fürchte, mit unseren moralischen Eroberungen seien wir etwas auf dem Rückgang. — Ueber die Auslegung des § 15 des Gesetzes vom 3. September 1814 sei er ganz entgegen gesetzter Meinung wie der Finanzminister; (das Nähere verhalte in dem fortwährenden Geräuße zur Rinte, welches den Präsidenten wiederholt zum Gebrauch der Glode und zu der Bitte um Ruhe veranlaßt). — Die Erwartungen, welche man nach den Erklärungen der Regierung habe hegen dürfen, seien durch die inzwischen erfolgten Reorganisationsmaßregeln nicht erfüllt; die Frage bedürfe einer eingehenden Regelung; falls die Landesvertretung die Zuweisung der jüngeren Jahrgänge der Landwehr in die Reserve ablehne, werde die Regierung die Zahl der Cadres vermindern müssen, nicht weiter gehen können mit ihren Reorganisationsplänen.

Der Präsident will über das Tettau-Oriolische Amendement abstimmen lassen; Abgeordneter v. Tettau wünscht die Abstimmung ausgesetzt zu sehen bis zum Schluß der Specialdiscussion; letzteres geschieht.

Vertagung wird beantragt, mit kleiner Mehrheit beschloffen. — 4 Uhr. — Nächste Sitzung morgen 9 1/2 Uhr.



**Berlin, 28. Mai.** Nachträgliches über Hindelbey und Westphalen. Die „Mado, 3.“ schreibt von hier: Bis zum Amtsantritt Westphalen's ging die „Kreuzzeitung“ mit Hrn. v. Hindelbey Hand in Hand. Beide bereiteten den Waldeck'schen Prozeß, beide zeigten, welcher Dinge man sich von ihnen versehen kann. Als Hr. v. Westphalen an's Ruder kam, war Hindelbey schon zu hoch geflogen, um noch einen Oberherrn zu dulden. Es gelang ihm durch den Einfluß, den er in höheren Regionen hatte, seine vollständige Autonomie zu wahren. Hr. v. Westphalen hatte bei Hindelbey's Leben in Berlin gerade dieselbe Macht, deren er sich jetzt in der Hauptstraße für abgesetzte Minister und wohlbestallte Bankiers, in der Victoriastraße, erfreut. Wollte der Minister des Innern ein Blatt unterdrücken, so blieb es bestehen; der Generaldirektor der Polizei zeigte sogar häufig mit Wohlgefallen irgend einem durch die Blitze des ersten Bedrohens dessen Heftigkeit mit den Worten: „Sehen Sie, das will Excellenz ausgeführt haben; ich habe aber in Berlin allein zu kommandieren und es wird deshalb nichts daraus“ — und damit warf er das Heftigkeit unter den Tisch. So kam es, daß die „Kreuzzeitung“ häufiger konfisziert wurde wie die „National-Ztg.“, nicht weil Hindelbey liberal war, sondern weil eine solche Konfiskation Hrn. v. Westphalen ärgerte. Endlich mußte Hindelbey den sauren Gang in den Jockey-Klub thun, ohne daß dies freilich seine Wahl war. Die Folgen belehrten Berlin, daß das Ayl der kleinen Herren ein Heiligtum sei, welches selbst die Allgewalt des ersten Polizeimandanten des Reichs nicht ungestraft verletzen durfte. Im Grunde waren alle Streitigkeiten zwischen Hindelbey, Westphalen und Nothow nur Familienstreitigkeiten, bei denen Staat und Nation allerdings der leidende Theil waren, wer aber Sieger im Kampfe blieb, das konnte der Nation eben so gleichgültig sein, wie es heute den Indianern in Nordamerika gleichgültig ist, ob Davis oder Lincoln das Feld behauptet. Hindelbey's Tod verschaffte Hrn. v. Westphalen endlich auch die Herrschaft in der 6 Jahre lang von ihm vergebens berannten Hauptstadt. Er setzte einen milden, gutmüthigen, verträglichen, gefügigen schließlichen Landesherrn zu seinem Statthalter ein. Der Mann hatte manche guten Intentionen, als er in's Amt trat; endlich, als die Dinge ihm stärker schienen wie er selbst, fand er es bequem, das System Baskin in den gewohnten Gleisen treten zu lassen. Er ließ, wie man so sagt, den lieben Gott einen guten Mann sein. Daß die „Kreuzzeitung“ nun ihre Herrschaft in Berlin in der Person des Hrn. v. Westphalen vertheidigt, nehmen wir ihr nicht übel, aber die Art, wie sie dessen Beibehaltung vertheidigt, ist höchst merkwürdig und verdächtig. Seit dem Prozesse Waldeck ist man gewohnt und auch berechtigt, der „Kreuzzeitung“ und gewissen Mächtern, die hinter ihr stehen, sehr vieles zuzutrauen. Wenn sie nun mit einemmal schreibt: die Regierung hat mit der Gerechtigkeit und dem Krawall, so fragen wir, ist denn die bekannte kleine Partei stets dem Krawall so fern geblieben, wo es galt, die Bourgeoisie und andere durch Waldeck'sche zu schrecken? Die neue Aera, welche der Polizei viele überflüssige und schädliche Dinge zu thun verbot, hat dieselbe gerade in den Stand gesetzt, redet energisch für die Sicherheit der Stadt zu machen. Die 100 nur auf dem Papier befindlichen Schutzmänner haben doch weder der Graf Schwerin, noch die Demokratie, noch die neue Aera bei Seite geschafft. Aber die Ereignisse, welche seit der neuen Aera Berlin vielfach geschändet, haben oft zu der Frage veranlaßt: Ist denn kein Graf Bessler da? Die Demokratie, der Liberalismus und die neue Aera ehren die Namen Humboldt's, der Feudalpartei ist sein Name stets ein Gräuel gewesen, der Böbel insultrirte seine Leiche; die Ereignisse am Schillerfest vergallten allen freisinnigen Bewohnern Berlin's einen hohen nationalen Ehrentag. Der Partei, welche von der Tribüne der Kammer Schiller wegen der Ötter Griechenlands als schlechten Christen denunzierte, welcher der beste Theil unserer Literatur ein Abscheu ist und die sich von dem „Kultus des Genius“ fern hielt und fern zu halten berechtigt war, konnten diese Ereignisse nicht gerade sehr unangenehm sein. Wir sind weit entfernt, Herrn v. Bessler mit Humboldt und Schiller in eine Linie stellen zu wollen (ist ja auch sein Adel von viel größerem Alter als der jener beiden Väteren), aber man sehe doch genau zu und man wird vielleicht dieselben Elemente, welche beim Leichensuge Humboldt's und bei dem Satyrspiel nach dem Schillerfest thätig waren, auch auf dem Schillerplatz und auf dem Wolkenmarke erkennen, wie sie mit dem Strome schwimmen und ihm sein Bette wählen.

[Das Wandern nach der Schweiz.] Der Minister des Innern ist durch allerhöchste Kabinettsordre vom 4ten d. Mts. ermächtigt worden, daß durch die Circular-Verfügung vom 15. Oktober 1852 erlassene Verbot des Wanderns diesseitiger Handwerksgehilfen nach der Schweiz wieder aufzuheben, und denjenigen ausländischen Handwerksgehilfen, welchen wegen ihres Aufenthalts in der Schweiz nach dem 1. Januar 1853 das Wandern im Inlande versagt war, den Aufenthalt in den preussischen Staaten wieder zu gestatten.

**Berlin, 28. Mai.** [Die Abschaffung von Richterstellen u. s. w. betreffend] schreibt die „Preuss. Ztg.“: Derselben Blätter enthalten eine, auf mehrere Kreisgerichte des Regierungsbezirks Minden bezügliche Mittheilung, welche zu der Annahme veranlassen könnte, als sei durch den diesjährigen Justiz-Etat ohne die gehörige Rücksicht auf das Interesse des öffentlichen Dienstes bei verschiedenen Gerichten eine große Anzahl von Richtern, Secretären und Subalternstellen eingezogen und abgeschafft worden, lediglich um eine finanzielle Ersparnis herbeizuführen. Wir sind in der Lage, diese Annahme als unrichtig bezeichnen zu können. Die Aufgabe der Stats-Regulirung ist es, unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte, nach allgemein festgestellten Normen die erforderlichen Arbeitskräfte zu bestimmen und dabei nach einem gleichen Maßstab bei den verschiedenen Gerichten und in den verschiedenen Departements zu verfahren. Dabei geschieht es freilich, daß, wo eine nicht bloß vorübergehende Geschäftsverminderung es rechtfertigt, die Stelle eines Beamten abgesetzt werden muß, und es hat eine solche Maßnahme diesmal 47 Richterstellen betroffen. Andererseits aber sind wegen des erhöhten Bedürfnisses 66 Richterstellen durch den Etat neu fundirt; eine Ersparnis im Ganzen hat also nicht erzielt werden können, zumal die Bureau- und Unterbeamten in gleichem Verhältnis haben vermehrt werden müssen.

**Berlin, 29. Mai.** [Victoria-Theater. — Jünglings-Verein. — Duell.] Unter den Duvriers des Victoria-Theaters herrscht großer Jubel. Am Sonnabend ist ihnen der Beschluß des Königs mitgetheilt worden, alle Forderungen der Arbeiter am Vic-

torialtheater mit 90 pCt. zu tilgen. In vierzehn Tagen werden die Gelder ausgezahlt. Es soll von gewisser Seite dem Könige angedeutet worden sein, daß die Duvriers mit 50 pCt. wohl zufrieden sein würden, da Einzelne, denen jede Hoffnung auf Zahlung längst entschwunden sei, ihre Forderungen mit 25 pCt. schon verkauft hätten. Aber der König habe erwidert: „Die Arbeiter sollen nichts verlieren; sind keine Bankiers.“ — Wenn diese Zahlung geleistet ist, hat der Kron-Fidei-Kommiß 300,000 Thaler an das Theater gewendet. Auch die 50,000 Thaler, die Herr R. Gers den Arbeitern schulig ist, will der König zahlen; diese sollen aber erst eingelagert werden. Dann sind noch die Zinsen der deffauer Bank für zwei Jahre zu entrichten, da wird nun, wohl oder übel die Krone noch einmal in den Sack greifen müssen, um die Substation abzuwenden. Danach wird denn wohl — auf kurze Zeit wenigstens — Ruhe folgen. — Die am Sonntag von hier nach Potsdam abgefahrenen Ertzzüge wurden von 2929 Personen benutzt. Außerdem fuhrn Fröh 6 Uhr die Mitglieder des hiesigen Jünglings-Vereins, etwa 500 an der Zahl, welche in Potsdam ihr Bundesfest feierten. Bei dieser Feier waren die christlichen Männer- und Jünglingsvereine zu Breslau, Kegnitz, Sorau, Cottbus, Luckenwalde, Brandenburg, Genthin u. vertreten. — Zwischen dem General von Manteuffel, Chef des Militär-Kabinetts und dem Stadtrichter Twesten (?), Verfasser der Broschüre: „Was uns noch retten kann?“ hat gestern bei Potsdam ein Pistolenduell stattgefunden, bei welchem letzterer am Oberarm verwundet worden ist. Der Verband des Verwundeten soll auf dem hiesigen potsdamer Bahnhofe geschehen sein. (Vgl. die Mittheilung aus Potsdam im gestrigen Mittagsblatt.)

**Berlin, 28. Mai.** [Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahm heute die Vorträge des Kriegsministers, des Gen.-Adj. G.-M. Frhrn. v. Manteuffel und des Polizei-Präsidenten Frhrn. v. Zedlitz entgegen, und empfing Se. D. den Fürsten zu Waldeck und Pyrmont und den Feldmarschall Frhrn. v. Wrangel. — S. D. der Fürst und die Fürstin zu Waldeck, welche gestern Abends von Arolsen hier eingetroffen sind, machten heute Mittags den Mitgliedern der königlichen Familie ihren Besuch und empfingen darauf deren Gegenbesuche. — S. D. die Frau Fürstin Mathilde Radziwill begab sich heute Vormittags mit ihrer Schwester, der Gräfin Clary, nach Schloß Sanssouci und machte S. M. der Königin-Wittve einen Abschiedsbesuch, da sie in diesen Tagen eine Badereise antreten und ihre Mutter, die Frau Fürstin von Clary und Altdingen, welche sich mehrere Monate hier aufgehalten hat, nach Teplitz zurückbegleiten wird. S. D. der Gen. Fürst Wilhelm Radziwill, welcher seit einiger Zeit in dem Kurorte Karlsbad verweilt, hat einen Nachurlaub von drei Wochen erhalten. — Am Sonntag Fröh ist zu Potsdam nach langem und schwerem Krankenlager im Alter von 62 Jahren der Feldpropst der Armee, Dr. Bollert, verstorben.

**K. C. Berlin, 26. Mai.** [Vom Landtage.] Im zehnten Bericht der Petitions-Kommission wird die Suro'sche Petition, um Ausführung des Art. 12 der Verfassung, und Aufhebung der die Ausschließung der Juden von öffentlichen Aemtern betreffenden Ministerial-Rescripte abwärts besprochen. Bekanntlich hat der Justizminister ganz kürzlich in einer Verfügung die Ober-Gerichte angewiesen, Rechtskandidaten jüdischer Religion zur Aukulturation und zur Befähigung bei den Gerichten wieder zuzulassen. Ueber den bisher befolgten Grundsat, daß den nach juridisgelegter dritter Prüfung ernannten Gerichts-Magistraten jüdischen Glaubens eine Anstellung als Richter nicht zu Theil werden könne, sind nach Erklärung des Vertreters des Justiz-Ministers in der Commission die Verabredungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Nach Erklärung des Vertreters des Cultusministers wird im Bereiche der Unterrichts-Verwaltung die Anstellung von Juden als Lehrer an öffentlichen Schulen und anderen Unterrichts-Anstalten bei nachgewiesener Befähigung, nicht beanstandet, sofern nicht der kirchlich-confessionelle Charakter der betreffenden Anstalt, welcher durch den Director und das Lehr-Collegium repräsentirt wird, entgegensteht; mit der hierdurch bedingten, sich von selbst rechtfertigenden Beschränkung würden Juden auch zur Absolvierung des sogenannten Probe-Jahres, womit die amtliche Lehrthätigkeit beginnt, zugelassen werden. Im Bereiche des Medicinal-Departements wird bei Anstellungen ein principieller Unterschied zwischen Juden und Christen nicht gemacht. Seitens der Commission sind die Erklärungen des Vertreters des Justizministers mit großer Befriedigung und aufrichtigem Danke entgegengenommen, und mit vollem Vertrauen wird den ferneren Schritten seines Ressort-Chefs entgegengefeuert; in Ansehung des Rescripts des Cultusministers von 1851 schwebten noch immerhin manche Zweifel über confessionellen Charakter der einzelnen Anstalten ob, deren Beseitigung dringend zu wünschen sei; die Commission beantragt daher mit überwiegender Stimmenmehrheit wiederholte Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung. — Einer Petition des Dr. jur. Siegfried Weiß um Schadenersatz von 20,000 Thalern für erlittene polizeiliche Verfolgungen, hat eine Mittheilung des Regierungs-Commissars zur Folge gehabt, wonach der vielgenannte Petent 1845 wegen Mangel an Subsistenzmitteln und versuchten Selbstmords aus Berlin ausgewiesen worden ist und 1849 nach Berlin zurückgekehrt, obgleich Demofrat und dennoch dem Treubunde angehörend, in der Presse hat beschäftigt sein wollen, jedoch wegen Unzuverlässigkeit nicht angenommen worden ist und wieder wegen Mangel an Mitteln aus der Stadt gewiesen ist; inzwischen naturalisirt Franzose geworden, hat er seiner Zeit ein ähnliches Gesuch an die franz. Regierung mit dem Bemerkten gerichtet, ihm 80,000 Fr. zu geben, wovon Preußen etwa 30,000 Frs. und die übrigen Staaten, in welchen er angeblich Verfolgungen erlitten habe, je ihre Quote nach Verhältnis beizutragen hätten; über die großartigen Verfolgungen, die Petent erlitten haben will, liegen der Commission keinerlei Beweise vor; in den von ihm beigelegten Anlagen hat sich ein französisches Ausweisungsdecret befunden; die Commission beantragt Tagesordnung.

**Danzig, 27. Mai.** [Preußen und der nordamerikanische Bürgerkrieg.] Die „Danziger Zeitung“ sagt: In Berliner Zeitungen ist davon die Rede, daß disponible wie indisponible preussische Offiziere bei der Regierung darum eingekommen sind, ihnen zu gestatten, an dem nordamerikanischen Kriege Theil zu nehmen. So wünschenswerth es ist, daß unsere Offiziere im wirklichen Kriege Erfahrungen sammeln, so fragt sich doch für den Fall, daß unsere Regierung diesem Verlangen willfahrt und die besagten

Offiziere in dem preuss. Unterthanenverbande verbleiben, ob durch ein solches Verfahren die von unserem Staat zu beobachtende Neutralität nicht verletzt wird. Wenn, wie es im spanisch-maroccanischen Feldzuge vorlag, ein preussischer Offizier an der Spitze eines spanischen Regiments chargirte und Feind und Freund Achtung vor der Tapferkeit preussischer Soldaten erweckt, so ist das für die Nation nur schmeichelhaft, und unserem Vaterlande können aus diesem Bruche der Neutralität keine üblen Folgen entstehen, indem ein Krieg mit Marocco nicht zu befürchten ist. — Anders verhält es sich mit Amerika. Da die Regierung der jüdischen Staaten Kaperbriefe ausgestellt hat, liegt es in ihrer Macht, Repressalien zu üben und die zahlreichen preussischen Schiffe, welche sich jetzt auf dem Wege von und nach Amerika befinden, aufzubringen. Es würde deshalb zur Verhütung der vielen interessirenden Schiffsheben dienen, wenn die preussische Regierung durch ihr amtliches Organ oder auf andere Weise öffentlich bekannt machte, wie sie sich den Vorstellungen der Offiziere gegenüber, falls solche wirklich erfolgt sind, zu verhalten beabsichtigt. Gleichzeitig wäre es den hiesigen Abnehmern wünschenswerth, zu erfahren, ob von der preussischen Regierung mit den amerikanischen Staaten irgend welche Tractate geschlossen sind, die im Falle eines Krieges preussische Schiffe vor dem Anhalten und der Durchsuchung schützen — Uebereinkommen, wie sie zwischen Rußland und Peru einerseits und Amerika andererseits existiren sollen. Bekanntlich sind die Vereinigten Staaten im Allgemeinen den Statuten der pariser Conferenz, nach welchen die neutrale Flagge das feindliche Gut, mit Ausnahme von Kriegscontrabanden schützt, nicht beigetreten.

**Bonn, 25. Mai.** [Der neue Universitäts-Curator.] Das „Mainzer Journal“ schreibt: „Seit dem Eintritte Besslers in die Stelle eines Curators an der hiesigen Universität hat zwischen diesem und dem Geh. Rath Prof. Dr. Mitsch ein großer Conflict bestanden. Man glaubte, derselbe werde sich mit der Zeit heilen lassen. Diese Hoffnung hat sich indessen nicht erfüllt, vielmehr scheint der Conflict unheilbar geworden zu sein. Dies hat zur Folge gehabt, daß Mitsch in den jüngsten Tagen um seine Entlassung aus dem preuss. Staatsdienste eingekommen ist.“ Eine, wie es scheint officiöse Berichtigung in der „B. Z.“ bemerkt dazu: „Daß ein solcher Conflict eingetreten, ist allerdings richtig; jedoch hören wir, daß eine Ausgleichung desselben in Aussicht steht. Der neue Curator, welcher mit den akademischen Verhältnissen anfangs natürlich wenig vertraut war, soll sich zu einer Genugthuung dem Prof. Mitsch gegenüber verstanden haben, welche vollkommen genügen würde, Alles wieder ins Geleise zu bringen.“

**Frier, 25. Mai.** [Städtisches.] Oberbürgermeister Buß hat seine Entlassung eingebracht.

**Bielefeld, 26. Mai.** [Die Versammlung des Nationalvereins] war zahlreich besucht. Aus der Nähe und Ferne, namentlich auch aus Hannover und Osnabrück, hatte Liebe zum Vaterlande die Freunde der nationalen Sache herangezogen. Die weiten Räume der auf dem Johannisberge erbauten Donhalle waren fast sämtlich angefüllt. Die Stadt war im Festgewande. Ueberall flaggten Fahnen aus den Häusern. Ein Beifallssturm begrüßte den Präsidenten des Nationalvereins, als er sich zum Reden erhob, nicht minder den Dr. Rüning aus Rheda und Meh, der in seiner Rede den endlichen und hoffentlich nicht mehr in weiter Ferne liegenden Sieg der guten Sache verheißt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, aber es erfolgte nach dem Schluß der Sitzung viele Beitrittserklärungen zum Nationalverein. — Auch bei dieser Versammlung trat wieder der Unterschied zwischen den Versammlungen im Jahre 1848 und den jetzigen merklich hervor. Man will sich nicht mehr begeistern, sondern man will wirken. Ueberall herrscht Einmüthigkeit, und deshalb bedarf es keiner glänzenden Reden mehr, überall hat man die Sache selbst im Auge, und es bedarf deshalb nicht ferner des äußeren Gepräges, der gemüthlichen Erregungen; Alle wissen, daß das schwierige Werk der deutschen Einheit nur die Frucht der Arbeit, der unausgesetzten Arbeit der deutschen Bürger sein kann.

## Deutschland.

**Frankfurt, 27. Mai.** Die in diesen Blättern mitgetheilte Nachricht von der Demission des Rabbiners, Herrn Dr. Leopold Stein dahier, bestätigt sich. Wie wir hören, wird derselbe die Gründe seiner Amtsniederlegung in einer Broschüre veröffentlichen, und wird diese in den nächsten Tagen ausgegeben werden.

**Würzburg, 26. Mai.** [Die Militär-Konferenz.] Wie man der „Fr. P.-Z.“ aus München schreibt, würde sich die hier tagende Militärkonferenz auch mit der Bildung des Hauptquartiers und des Generalstabes des Höchstkommandirenden der gegebenen Falls zu vereinigenen Truppenkorps, so wie mit der Formation der Hauptquartiere u. der Kommandanten dieser Corps beschäftigen. Alle desfallsigen Bestimmungen sollen berathen und festgestellt, überhaupt Alles geregelt werden, was notwendig sei, damit eintretenden Falls nur noch der Höchstkommandirende zu ernennen wäre. Alle in Würzburg zu fassenden Beschlüsse sollen alsbald zur Kenntniß der deutschen Bundesversammlung gebracht werden.

Man sagt uns, daß seitens einer nichtdeutschen Großmacht in neuester Zeit Alles aufgegeben wird, die allmählich aus dem Leim gehende würzburger Koalition wieder zusammen zu fügen. Diese Großmacht ist Rußland, welches mit dem zunächst und vorzugsweise in Betracht kommenden 8. Bundesarmekorps, mit Württemberg, Baden und Darmstadt gleich eng verschwägert ist. Herr v. Hügel, der württembergische Minister des Auswärtigen, hat die Initiative zu der genannten Intervention ergriffen und Herr v. Titoff, der russische Gesandte in Stuttgart, arbeitet mit großem Eifer in dieser Richtung. Man spricht von einem eigenhändigen Schreiben, welches der Kaiser Alexander an den Großherzog von Baden gerichtet hat. (B. u. S.-Z.)

Wir hören den Inhalt einer Mittheilung, welche wir über eine Schwentung Baierns in der Frage der Revision der Bundeskriegsverfassung brachten, heute von anderer Seite bestätigen. Baiern ist bereit, den einheitlichen Bundesbeschlüssen fallen zu lassen und sich zu dem preussischen Vorschlage einer Zweitheilung des Oberbefehls zu bekennen, sobald ihm innerhalb dieser Zweitheilung eine in der Weise bevorzugte Stellung eingeräumt wird, als es sie bisher durch eine Vereinbarung mit den Würzburgern zu erringen hoffte. Besonders charakteristisch möchte es sein, daß selbst die Eventualität ins Auge gefaßt ist, wo Oesterreich aus irgend einem Grunde sich an einem Bundeskriege gar nicht betheiligen würde; für eine solche Eventualität soll ohne Weiter-

**Breslau, 29. Mai.** [Theater.] Daß das achtzehnte Jahrhundert und nicht das frankhaft erregte neunzehnte das goldene Zeitalter der Musik gewesen, beweist neben Gluck's und Mozart's Partituren, Handel's Dratorien und Haydn's kindlichen Symphonien unter Anderen auch die opera buffa, die wir gestern von den Italienern gehört: der 1792, ein Jahr nach Mozart's Tode, zu Wien, von dem lebenswürdigen Domenico Cimarosa für alle Ewigkeit componirt, „Matrimonio segreto“. Der Eindruck, den dieses Meisterwerk auf Jeden machen muß, dessen Geschmack durch die plumpen Mißgeburten unserer bleiernen Aera noch nicht vollständig ruiniert worden, läßt sich nicht schöner und prägnanter ausdrücken, als dies das unfreilich hervorragende Mitglied des pariser musikalisch-kritischen Arcopags, Paul Scudo, ungefähr mit folgenden Worten einst gethan hat: „Die heimliche Ehe ist das Muster der Opern von halbem Charakter, wahre Komik, gemildert durch die Grazie und das Gefühl, ein reizendes Gemälde jener Freuden ohne Arg und jener Leidenschaften ohne Gewissensbisse, welche im Schooße einer wohlgeordneten Familie und in einem heiteren Gemüthe zum Ausbruch kommen, das weder durch ein fruchtloses Ringen nach dem Ideal, noch durch die verzehrende Sorge um die irdischen Bedürfnisse gequält wird. — Jede Person in diesem kleinen, durch Eleganz gebobenen, bürgerlichen Drama trägt ihre eigenthümliche Physiognomie, und jedes Stück bildet für sich ein köstliches Ganzes.“ Es folgt dann noch eine treffende Parallele zwischen diesem Werke, Mozart's Figaro und Rossini's Barber, worin Mozart's Lachen nach Homer's schönem Ausdruck als ein Lachen unter Thränen, Cimarosa's Lachen als der Widerschein eines glücklichen Charakters und einer muntern und ruhig-zufriedenen Fröhlichkeit, das La-

chen Rossini's endlich als schon voller Malice und bitteren Spottes geschildert wird. Wenn unser modernes Theater-Publikum den echten kindlichen Sinn meist nicht mehr mitbringt, um eine solche Schöpfung mit vollen Zügen genießen zu können, so thut dies ihrem unvergänglichen Werthe keinen Abbruch. Versteht es sich doch ganz von selbst, daß eine Zuhörerschaft, die Wagner's Tannhäuser, Meyerbeer's Dinorah und Verdi's Ernani auch bejubeln kann, für diese „kostbare Frucht eines höchsten Kunstmoments, für diesen Freudenstreich einer glücklichen Stunde des Lebens und einer Welt, die auf ewig dahin ist“, nicht mehr die rechte Begeisterung empfindet. Und dennoch schlug die gestrige Darstellung bei Vielen noch unverkennbar durch, wie es denn solchen Offenbarungen des Genius, trotz allem Wechsel der Mode, nie an einer stillen, außersichselben Gemeinde fehlen wird, die das wahrhaft Schöne in jeder Gestalt zu bewundern weiß und sich durch den albernsten Götzendienst der lärmenden Gegenwart nicht beirren läßt.

Wir haben „il matrimonio segreto“ schon dramatisch und gesanglich vollendet gegeben und gehört, wie gestern, und insbesondere wird uns ein Conte Robinson von der exquisiten Eleganz Tamburini's und ein Geronimo von der Allgewalt Luigi Lablache's, der in dieser Rolle sich selbst übertraf und, nachdem er durch seine unvergleichliche vis comica eine homerische Heiterkeit unter seinen Zuhörern verbreitet hatte, sie im letzten Finale, bei der Schilderung eines aus dem besten Herzen stammenden väterlichen Zornes und Schmerzes, auch noch zu Thränen zu rühren wußte, wohl nie im Leben wieder begegnen. Nichtsdestoweniger aber wollen wir mit unserer Anerkennung des gestrigen Genossen nicht zurückhalten. Egr. Mazzetti war immerhin ein sehr würdiger, charakteristisch-gewandter und stimmkräftiger Vertreter des

patriarchalisch wohlwollenden, tauben Kaufmanns, der ja bei all seinen ridikülen Schwächen und Schullen doch immer nur das Glück seiner Tochter im Auge hat; in all den herrlichen Ensembles trat er bedeutend hervor, zog den Charakter nirgends in das Gebiet der niederen Poesie herab, und sang seine köstliche Arie (I. 3): „Udite tutti, udite“, sehr wacker. Seiner Leistung zunächst stand die Fidalma der Sgna. Trebelli und die Carolina der Sga. Mariani Corini, der wir heute, einige unsichere Intonationen abgerechnet, unser vollstes Lob spenden dürfen, während die gefeierte jugendliche Altistin ihre komische Alte nicht bloß durch den unversehbaren Reiz ihrer Stimme, sondern auch durch ein sehr angemessenes Spiel zu besser Wirkung brachte. Nur in dem etwas allzu lang ausgesprochenen tiefen Triller gegen das Ende des Damen-Terzett's, I. 4 (dessen Schluß: „Non posso soffrire la sua inciviltà“, so sehr an das Complimentir-Duett [I. 5] aus Mozart's Figaro zwischen Susanna und Marzellina [„Via resti servita“] erinnert), erkannten wir einen clap-trap, den wir weggewünscht hätten, weil es für uns solcher Proben von der außerordentlichen Athemkraft der Künstlerin nicht bedarf, und der freie Fluß des musikalischen Gedankens dadurch unnötig aufgehalten wurde. Auch ließ Sgna. Trebelli den Schluß ihrer sonst vortrefflich gelungenen Arie (I. 5), wir wissen nicht recht, aus welchem Grunde, fallen. Wie man aber das rasche Parlando behandeln müsse, um jeder Note die deutliche Wort-Aussprache und zugleich die wünschenswerthe Tonfülle zu sichern, dafür stellte uns die Künstlerin in ihrer Fidalma ein Muster auf, das schwer zu erreichen sein wird. — Der Conte des Sgna. Zachi genügte nicht ganz, da der Sänger in der tieferen Lage zu wenig Mittel besaß und auch sein Spiel den gutmüthigen Fat aus der vornehmen Gesellschaft



res die Theilung des Oberbefehls zwischen Preußen und Baiern beansprucht sein.

**Wiesbaden, 23. Mai.** [Vereinbarung mit dem Bischof von Limburg.] Dem „Fr. Z.“ wird von hier geschrieben, daß der zwischen der Regierung und dem Bischof von Limburg obwaltende Conflict durch eine Vereinbarung beseitigt worden sei; doch bleibt es unbestimmt, ob die Vereinbarung in die Form einer wirklichen Convention gebracht worden oder ob man sich auf dem Wege der Correspondenz verständigt habe. Nur wird die Vereinbarung von allen Seiten als eine provisorische und künftige bezeichnet, der Streit würde also nur ruhen, um im gegebenen Moment um so heftiger wieder zu entbrennen. Die Vereinbarung soll sich beziehen: 1) auf die Befestigung der Pfarrstellen, bei denen der Bischof Vorschläge macht und, nachdem der Herzog den Präsentirten nicht beanstandet hat, dem Bischof das Recht der Ernennung und Dienstentlassung zustehen soll, wogegen der Herzog auf die ihm zustehenden Patronatsrechte verzichten würde; 2) auf die geistlichen Lehr-, Missions- und Krankenanstalten, welchen Corporationsrechte zugesprochen worden; 3) auf die Defane, welche nach jedesmaliger besonderer Vereinbarung ernannt werden sollen. Hinsichtlich der Verwaltung des katholischen Centralkirchenfonds und der Dotation des Bischofs soll der bisherige Zustand erhalten bleiben. Die Vereinbarung scheint also die wichtigsten Fragen von der Einsegnung der gemischten Ehen, und ob die Geistlichen ferner die vorgeschriebene Staatsprüfung zu bestehen haben u. zu übergehen. Hiernach kann angenommen werden, daß dem Landtage bei der Lösung des Conflictes keine Mitwirkung eingeräumt und, als lediglich die Rechte des Staatsoberhauptes berührend, von der Regierung in diesem Sinne gehandelt wird.

**Kassel, 27. Mai.** [Wahlen.] In Hersfeld ist vorgestern der bisherige Abgeordnete Sunkel unter einhelligem Rechtsvorbehalte wiedergewählt worden. Gleichzeitig fand in Windecken die Wahl von 3 Wahlmännern statt; sie fiel auf zwei Wahlmänner vom vorigen Jahre und auf einen Amts-Expedienten, von welchem die „Mora. Ztg.“ erwartet, daß er gleichfalls unter Rechtsvorbehalt wählen werde. Uebrigens verlautet nach der „M. Ztg.“, daß die Regierung sich den nächsten zusammentretenden Ständen gegenüber zu einer Herstellung der Verfassung von 1831, jedoch mit Ausschluß der vom Bunde näher zu bezeichnenden Punkte, bereit erklären werde. Bis dahin solle die Verfassung von 1800 bestehen bleiben. Als Gegenleistung solle dann der Landtag die schon dem vorigen Landtage gemachten Vorlagen und dazu einen neuen Wahl-Gesetz-Entwurf annehmen.

**Hannau, 26. Mai** [Verbot.] Dem „Fr. R.“ zufolge hat das hiesige Landrathsamt die an jedem ersten Sonntag des Monats hier stattfindende Zusammenkunft von Turnern verboten.

**Hannover, 27. Mai.** [Die Loyalitäts-Adresse.] Heute feierte der König seinen Geburtstag. Zum Programm gehörte auch die vielbesprochene Gratulations- und Loyalitäts-Adresse. Ihr Text ist endlich bekannt, der Loyalitäts-Satz lautet: „Wir sind durchdrungen von der innigen Dankbarkeit für die treue und umsichtige Sorgfalt, welche Ew. Majestät Regierung der Wohlfahrt des Landes zugewendet hat und welche in dem blühenden Wohlstande unserer Stadt und des ganzen Königreiches ihre Frucht trägt.“ Nach einer Angabe des heutigen (offiziellen) Tageblattes hat der Monarch die Adresse aus den Händen einer Deputation diesen Morgen entgegengenommen und beträgt die Zahl ihrer Unterschriften etwa 3000. Nach den ungewöhnlichen Anstrengungen und nach dem Plan der Unternehmung, eine großartige Kundgebung gegen die Männer vom 8. April zu Stande zu bringen, hätte man auf eine vollere Zahl rechnen sollen, zumal da auch die Vororte mit in die Kundgebung gezogen waren. Wie die „Tagepost“ mittheilt, ist der Drucker des „Hannov. Couriers“ wegen seiner Artikel über die Verstimmung der Ritterschaft amtlich verwahrt. Der häufig offiziös bediente „Hamb. Correspond.“ hört von einer Untersuchung, welche gegen die Bürgermeister von Emden und Harburg, die Herren Hantelmann und Gumbrecht, wegen ihrer Theilnahme an den jüngsten Kundgebungen eingeleitet sei, hört zugleich von einer Berufung des Staatsrathes, und deutet sie auf die Absicht der Dienstentlassung! Kraft welchen Gesetzes?

## Oesterreich.

**Wien, 28. Mai** [Aus dem Abgeordnetenhaus.] Die Frage: ob der gegenwärtig tagende Reichsrath nur als engerer Reichsrath der deutsch-slawischen Provinzen zu betrachten, oder als gesammtoesterreichisches Parlament anzusehen sei? kam gestern im Abgeordnetenhaus zwar zur Sprache, aber nicht in der von der deutschen Partei beabsichtigten und angekündigten Weise. Die Debatten über die Entschädigung der Reichsrathsmitglieder veranlaßten Smolka, als den Führer einer antideutschen Fraktion prononcirter Föderalisten, diesen Punkt zur Sprache zu bringen, und dadurch für den Augenblick eine förmliche Debatte über diese Kapitalfrage zu veranlassen. Smolka hat bekanntlich die Competenz des Reichsrathes, das Budget mit den Ausgaben für die Reichsrathsdiäten zu belassen, bestritten, indem er geltend machte, daß das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung schon vom Standpunkte des Februar-Patentes aus nicht als ein Reichsparlament betrachtet werden könne. Ein großer Theil der Linken, welche, wie bereits gemeldet, eine besondere Interpellation in diesem Sinne unabhängig von der Diätenfrage zu stellen beabsichtigt hatte, wollte diesmal sich den Polen anschließen, als die eigentlich ministerielle Partei, die kleine Fraktion unter Kalchberg und das Präsidium, eine Pause von 10 Minuten veranlaßte. Während dieser Pause unterhandelte Minister Schmerling persönlich in einem der Nebenzimmer des Sitzungssaales mit den Führern der Deutschen, und bewog dieselben

durch eindringliche Vorstellungen, für diesmal den Smolka'schen Antrag und mit demselben die Frage: ob der Reichsrath in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung der „engeren“ oder der für das ganze Reich competente sei? fallen zu lassen. Als nach verstrichener Pause die Abstimmung vorgenommen wurde, blieb Smolka in der Minorität, obwohl sich einzelne Mitglieder der Einheitsstaatspartei, trotz der Schmerling'schen Unterhandlungen, ihm angeschlossen hatten. — Was mit dieser Taktik gewonnen ist, wozu dieses ewige Vertagen und Verschleppen der wichtigsten Angelegenheit führen soll, läßt sich schwer absehen.

Ein eigenthümlicher Zwischenfall, der noch zu mancherlei Erörterungen Veranlassung geben dürfte, ereignete sich während der Diäten-Debatte. Gregoriu Kluz, ein romanischer Abgeordneter aus der Bukovina, betheiligte sich, seine Muttersprache gebrauchend, an der Debatte; er stellte ein sehr vernünftiges Amendement zu dem Antrag Smolka's, welches dahin ging, die Bestimmung der Diäten den Landtagen zu überlassen, da dieselben ohnehin in vielen Provinzen bereits eine bestimmte Ziffer ausgeworfen haben, so z. B. der Landtag von Czernowitz 7 fl. pr. Tag. Diese Rede, welche eigentlich eine Art Vermittlungsvorschlag zwischen dem der Centralisten und Föderalisten bilden sollte und bei der eigenthümlichen Stellung der Abgeordneten als Ablegaten des Landtages ganz rationell war, wurde von dem Archimandriten Bendella in einer haarsträubenden Weise bei dem Ueberlegen verballhornt. Die Folge dieser Verballhornung, welche große Entrüstung im Lager der Nationalen erregt und für nicht ganz unabsichtlich gehalten wird, dürfte die Forderung sein, offizielle Translatoren, wie im Jahre 1848 aufzustellen und damit die Vielsprachigkeit der Debatten offiziell anzuerkennen.

**C. C. Wien, 28. Mai.** [Zur Situation.] Baron Bay ist bereits von seinen Gütern nach Pesth zurückgekehrt; ja er hat, manchen Andeutungen zufolge, vielleicht die ungarische Hauptstadt gar nicht verlassen. Den Landtagsmitgliedern hat er die Weisung gegeben lassen, die Debatte nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen, da er persönlich die Hoffnung nicht aufgegeben, inzwischen doch noch eine Basis für Verhandlungen zu gewinnen. Leider scheint auf die Erfüllung dieser Hoffnung jedoch wenig Aussicht zu sein. Wir stützten neulich den Inhalt einer offiziellen Broschüre, die hier unter dem Titel: „Die Frage des Augenblicks“, in der Hofbuchhandlung von Braunmüller veröffentlicht worden ist. Heute nun erfahren wir, daß diese Flugschrift aus der Feder Berthaler's hervorgegangen ist, also mehr als offiziös, ja geradezu von Herrn v. Schmerling inspirirt ist; denn Herr B. hat im Namen und Auftrage des Staatsministers die wichtigsten Dokumente abgefaßt — so unter Anderem das bekannte Rundschreiben, mit dem Ritter v. Schmerling sein Ministerium antrat und in dem er die leitenden Grundsätze seiner Verwaltung proklamirte. Auch die Thronrede soll von B. ausgeht sein. Freilich perhorrescirt nun jene Broschüre ebenfalls die Anwendung von Gewaltmaßregeln, doch ist schwer abzusehen, wie dieselbe vermieden werden soll, wenn die Flugschrift wirklich das Ultimatum der Regierung enthält. Geseht selbst, der ungarische Landtag verstände sich zur Entsendung einer Deputation, die mit einer Deputation des Reichsrathes conferiren soll; immer wird es schwer sein, einen Ausgleichungs-Modus zu vereinbaren, da als Maximum der zu gewährenden Concessionen ausdrücklich bezeichnet wird, daß der ungarische Landtag das Recht bekommt, die auf Ungarn entfallende Quote an Geld und Mannschaften umzuliegen, während Finanzen und Krieg in den Händen von Reichsministern bleiben, die nur der, auch von Ungarn zu bescheidenden Reichsvertretung verantwortlich sind, und nur von dieser Steuern und Aushebungen bewilligt erhalten. Alles also, was die Sentenzen des Reichsrathes, mit der Aussicht, den Compromiß vom Kaiser bestätigt zu sehen, einräumen dürften, wäre: Eigene, dem ungarischen Landtage verantwortliche Landesminister für das Innere und für die Justiz, selbst auf die Gesehe hin, daß dies- und jenseits der Leitha abermals ein verschiedener Gesehbeger zur Geltung gelangt, und die Einseitigkeit von Verhandlungen darüber, wie sich die in Ungarn verfaßtesten Abgaben und Monopole beseitigen lassen, ohne daß die Wiedererrichtung von Zollschranken zwischen den beiden Theilen der Monarchie nothwendig wird. In der That ist das Alles, was die Gesamtstaatspolitik der Nationen dürfen, aber welche Kluft liegt zwischen diesen Concessionen und den in der Deak'schen Adresse aufgestellten Forderungen! Uebrigens scheint die Regierung zu weiterer Nachgiebigkeit weniger denn je geneigt zu sein, da die ministerielle „Donau-Ztg.“ heute in einem Tone, den sie noch nie angeschlagen, den Ungarn „ein Kapitel über Legitimität“ liest, worin sie daran erinnert werden, daß sich hier nicht zwei Parteien, d. h. gleichberechtigte Factoren, gegenüberstehen, daß der Streit vielmehr zwischen der Krone und einem Theile ihrer Unterthanen, zwischen der Gesamtmonarchie und einer Provinz schwebt.

[Zur ungarischen Frage.] Der „Morning Herald“, welcher in der Kothuth-Noten-Frage ein speciell juridisches Bedenken gegen Oesterreich's Recht hatte, spricht sich in der ungarischen Angelegenheit in einer Weise aus, die des eben erwähnten Umstandes wegen um so beherzigenswerther ist. Er sagt, daß, wenn die extreme Partei des ungarischen Landtages liegen würde, nichts zu thun übrig bliebe, als eine Versammlung aufzulösen, welche nur von ihren Rechten, aber nicht von denen Anderer etwas zu wissen scheine. Wörtlich heißt es:

Der Kaiser von Oesterreich ist noch nicht so weit gekommen, daß er bei den Ungarn um eine Krone betteln muß (sue in forma pauperis for a crown).

Die ungarischen Radikalen, erörtert der „Herald“ weiter, wollen zwar nicht das unglückliche Spiel von 1849 wieder in Scene setzen, aber offenbar bauen sie zu sehr auf die Nachgiebigkeit in Wien und werden sich verrecknen. Der Kaiser thäte nur, was recht und weise ist, wenn er ihre demoralisierenden Verwüfungen. Das kräftige Reich der Habsburger, das aus seinen Bedrängnissen bisher jedesmal kräftiger hervorgegangen ist, kann schon einen Tadel vertragen. Wenn man den radikalen englischen Blättern, die ewig gegen Oesterreich losziehen, glauben wollte, so wäre Oesterreich von jeher angefaßt gewesen. Und doch ist es bis jetzt noch nicht gefallen, ist vielmehr immer jünger, frischer, kräftiger geworden. Sämtliche Verträge zwischen König und Volk wurden durch den Befehlssatz des Landtages im Jahre 1849 ganz und für immer gelöst. Nicht durch die Convention von 1723, sondern durch die Eroberung von 1849 ist der Kaiser von Oesterreich heute Herr von Ungarn. Als er sich erbot, zum alten Stande eines constitutionellen Königs zurückzukehren, hat er den Gefühlen des Volkes hochherzig nachgegeben, und die österreichischen Traditionen von Cen-

trung desselben fand, zu registriren nicht vergessen. — Am wenigsten genügte Sgna. Delfina Calderon als Elisetta; ihre Stimme ist scharf, spitz und plärrend, ihre Intonation sehr unsicher, die Coloratur zwar entwickelt, aber meckend in moderner Art, und das Spiel ohne alle dramatische Färbung. Die hübsche Arie (II. 13) ging spurlos vorüber. — Die Ensembles gelangen fast durchgehends sehr gut, und das Orchester zeigte sich des klassischen Werkes würdig.

[Ein frohlicher Dichter.] Der französische Dichter Méry war einer der frohlichsten Menschen. Als einmal anhaltende Kälte eintrat, schloß er sich in seinem Zimmer ein und schrieb seinen Freunden, daß er gefährlich krank sei. Alle eilen herbei und finden den befreundeten Dichter neben einem Höllenfeuer in wollenen Dedern vergraben auf dem Sopha liegen. „Was fehlt Ihnen denn eigentlich?“ fragt man den Dichter. „Ach“, antwortete Méry mit zitternder Stimme, „ich habe den — Winter!“

**Engfow's „Der Zaubrer von Rom“,** ist (Leipzig, bei F. A. Brodhause) mit dem neunten Bande zum Abschluß gebracht und gegenwärtig theils bereits in den Händen seiner Leser, theils bereits auf dem Wege zu ihnen. Der Roman bietet schon seinem äußeren Umfange nach eine ungewöhnliche Erscheinung dar. Ein zusammenhängendes Werk der Poesie, welches 220 Druckbogen umfaßt, ist eine Seltenheit in der Literatur und zu seiner Herstellung jedenfalls eine außerordentliche Ausdauer, Kraft und Ideenfülle von Seiten des Verfassers erforderlich. Möge sich Engfow durch einen großen Erfolg belohnt sehen. Wir gehen indessen mit der angenehmsten Spannung an die Lectüre des Ganzen.

**Chemnitz, 26. Mai.** Ein ergreifender Vorfall hat sich am heutigen Morgen hier ereignet. Eine Mutter, die Frau eines Webermeisters, hat ihrem etwa zweijährigen Kinde den Leib aufgeschnitten. Die Mutter ist verhaftet. Das Kind lebt noch. Die Aerzte haben Hoffnung, es am Leben

traktation und Einheit bei Seite geworfen. Indem er dies that, wollte er aber nicht das Reich zerstückeln.

## Italien.

**Turin.** [Die Anerkennungfrage.] Daß Frankreich endlich ernstlich an die Anerkennung des Königreiches Italien denke, will man aus der Einladung, die dem Grafen Cavour von Paris aus gekommen, schließen. Der italienische Staatsmann wird nach dem Schluß der italienischen Parlaments-Sitzungen die Reise antreten und nicht bloß Paris, sondern auch London besuchen. Der Anerkennung Italiens von Seiten des Kaisers Napoleon steht übrigens noch immer die römische Frage im Wege, da, wie wir gemeldet haben, Cavour die französischen Vorschläge nicht angenommen hat. Die „Independance belge“ will nun aber wissen, Frankreich habe seine Bedingungen wegen der Räumung Roms in Form eines Ultimatus wiederholt, so daß Cavour vor dem Dilemma stehe, entweder den jetzigen Bestand des Papstes anzuerkennen und zu schützen, Italien folglich seiner natürlichen Hauptstadt Rom auf immer zu berauben, oder aber im Patrimonium Petri auf unbestimmte Zeit eine ausländische Besatzung dulden zu müssen. Wenn dies wirklich der dermalige Stand der Dinge ist, so sind allerdings die Mittel der schriftlichen Verhandlungen erschöpft, und nur eine mündliche Unterredung kann eine neue Lösung anbahnen.

Ueber die mailänder Vorfälle erfahren wir heute noch folgendes Nähere: Einige Tage vor dem Pöbel-Exceß waren in Mailand die Brotpreise gestiegen, weil man eine schlechte Ernte befürchtete. In den untersten Volksklassen nun war die Ansicht verbreitet worden, das Branntweinbrennen sei Schuld an der Broththeuerung. Die Kundgebung der Bevölkerung gegen den General-Bicar schien der „Barabba“ eine willkommene Gelegenheit, nach Zertrümmerung des erbischoflichen Wappens auch die Alkoholfässer in den Brennereien in der Stadt zu zerbrechen. Um 3 Uhr Nachmittags setzten sich einige Tausend der „Barabba“ in Bewegung, drangen in eine der größten Brennereien, wurden aber alsbald von einer Compagnie Bersagliere und einigen Gensd'armen von weiterem Vorgehen abgemahnt, und als sie sich gegen die bewaffnete Macht mit Steinwürfen und Dolchen zur Wehr setzten, wurde Feuer gegeben, und etwa ein Duzend der Krawaller dadurch verwundet. Indes hatten die mailänder Behörden, welche eine kommunistische Pöbel-Erhebung befürchteten, strenge Maßregeln getroffen. Der Generalmarsch wurde geschlagen, und die gesammte Nationalgarde eilte auf die Sammelplätze, während General della Marmora, welcher Ober-Befehlshaber der in Mailand stehenden Streitkräfte ist, mit einigen Bataillonen an den Herd der Unordnungen eilte, ringsum alle Straßen militärisch besetzen und die „Barabba“ umzingeln ließ. Nun wurden 50 bis 60 der Hauptschreier festgenommen. Fast sämmtlich hatten sie Dolche oder andere Waffen in den Kleidern verborgen. Man spricht von zwei oder drei Todten, die bei dem Feuer der Bersagliere in der Brennerei geblieben sein sollen, doch schwanken die Angaben noch darüber, ob überhaupt Tödtungen erfolgt sind. Eben so wird von einigen Berichterstattern behauptet, es sei nicht bloß der Pöbel, sondern auch eine Anzahl sonst achtbarer, aber von unverbauten sozialistischen Ideen befeuert Arbeiter bei dem Exceß theilhaftig gewesen. Die mailänder Blätter, und namentlich die „Perseveranza“ sprechen sich sehr scharf gegen den Gouverneur, den Grafen Paselmo, und den Polizeipräsidenten von Mailand aus, die sich beide sehr ungeschickt bei der ganzen Krisis benommen hätten; Ersterer ist bereits nach Turin beschieden und wird wahrscheinlich einen Nachfolger erhalten, Letzterer soll — das wenigstens verlangt die Presse, — weil er sich untauglich für einen so wichtigen Posten erwiesen, abgesetzt werden.

Der Vice-Gouverneur von Sassari (Insel Sardinien) hat im Journal „Costituzione“ folgende Erklärung erlassen: „Ich erkläre in Folge höherer Ermächtigung, daß es vollständig falsch ist, obgleich das Gerücht durch die Zeitungen aller Meinungen verbreitet worden ist, daß jemals von der Abtretung Sardinien's an Frankreich, ebenso wenig wie an irgend eine andere Macht, die Rede gewesen ist; ich erkläre außerdem, daß solche Gerüchte nur zum Zweck gehabt haben, Mißtrauen gegen die Regierung zu erzeugen und Zwietracht unter den Bürgern zu säen. Sardinien ist italienisch und wird es stets bleiben. Der Gouverneur Rocca.“

[Das Nationalfest und die mailänder Exceß.] Das italienische Abgeordnetenhaus beschloß sich in seiner Sitzung vom 24. Mai mit den mailänder Vorfällen und dem Rundschreiben vom Minister des Innern wegen Betheiligung der Geistlichkeit am Nationalfest, wovon Petrucci della Gattina Veranlassung zu Interpellationen nahm. Der Interpellant wurde in seinem Tadel über das ministerielle Rundschreiben von Machi unterstützt. Beide Opponenten gehören zu der kleinen Fraktion der Linken. Herr Minghetti vertheidigte sein Rundschreiben und fügte die amtliche Anzeige hinzu, daß in Mailand wieder vollkommene Ruhe herrsche und die Bevölkerung sowohl wie die Nationalgarde sich vortrefflich benommen habe. Ueber Minghetti's Motivirung gibt der Telegraph keine näheren Andeutungen, doch erhellt der Standpunkt der Regierung aus folgender, dem Inhalte nach

\*) Auch eine Fabrik für mechanische Knöpfe ward angegriffen, die sicherlich das Brot nicht vertheuern. Hier sollte es aber wohl den Maschinen gelten. Nationalgarde und Bersagliere vertheidigten das bedrohte Eigenthum, obgleich sie nicht so schnell zur Stelle sein konnten, um eine theilweise Zerstörung des Mobiliars u. zu verhindern.

nicht eben sehr charakteristisch zur Erscheinung brachte. Die bekannte tändelnde La-la-Stelle aus dem prächtigen Bass-Duett (II. 9) kann gesangslich noch viel mehr gehoben werden, wenn den Darstellern des Conte und Geronimo eine gewandte Coloratur zu Gebote steht, die den Herren Zacchi und Mazzetti fehlt; doch war es ein sehr glücklicher Gedanke, daß beide, nachdem sie ihre Pirouetten als Accompanement zum „La-la“-Intermezzo mit so gutem Humor als möglich gemacht hatten, vor der Wiederaufnahme des regelmäßigen Textes: „e speriamo felicità, in fin non-rire ausbrachen, denn ohne Zweifel wird die kindische Thorheit der Ballomanie, in welche die beiden Männer aus Freude über das endlich glücklich zu Stande gebrachte „accommodamento“ so plötzlich gerathen sind, dadurch am erträglichsten, wenn sie sich den Augenblick darauf selber deswegen auslachen. Es verdient eine so feine psychologische Nuance in einer opera buffa, wo man meist auch das Unsinnigste als schlechtthin harmlosen Scherz hinnehmen zu müssen sich gewöhnt hat, viel besonderer Anerkennung hervorgehoben zu werden. — Egt. Salvini macht aus der reizenden Rolle des Paolino nicht das, was sein großer Vorgänger Viganoni nach allen Berichten der Zeitgenossen damit geschaffen hat; namentlich mißlang ihm das reizende rasche Geplauder im Duett (I. 2): „Jo ti lascio“, und die etwas kleinlich modisirte Manier, womit er seine Arie: „Pria che spunti in ciel l'aurore“ (II. 11) vortrug, ließ den Uneingeweihten wohl schwerlich erkennen, daß diese Tenor-Arie zu den schönsten gehört, die jemals geschrieben worden sind. Daß in-a-essen auch in diesem „Hymnus der Jugend und Liebe“ Einzelnes mit viel Delicateße wiedergegeben wurde, wollen wir nicht ableugnen, und auch den Beifall und Hervorruf welchen der Sänger für die Ausfüh-

zu erhalten. Ein pietistischer Wahn soll zu der grausigen That Veranlassung gegeben haben. (D. A. Z.)

[Neues Concertprogramm.] Der bekannte französische Tanzcompomist, welcher in London zum Tanze spielt, macht durch französische Charlataner mehr Glück, als durch seine Musik. Er hat nämlich seine Walzer sämmtlich mit Blumenamen getauft, und damit sie beim Tanzpublikum besser anslagen, läßt er in dem Augenblicke, als er diese oder jene neue Tanzblume mit dem Orchester beginnt, sogleich im Concertsaale den Namen der Anwesenden durch entsprechendes herumgesprengtes Parfüm verkünden, welche Compositionsblume zur Zeit abgetanzt wird. Wenn also z. B. der Weihenwälder auf dem Podium erklingt, so duftet im Moment der Saal von Violettessenz; und wenn der Rosenwälder ertönt, wird Alles in den stärksten Rosenduft gehüllt. Der Mann hat also die Programme den Augen entzogen und den Nasen zugeführt.

Fr. W.

[Blitzwanderung.] Aus St. Giovanni, im Venetianischen, wird über einen eigenthümlichen, am 28. April d. J. beobachteten Streifzug eines Blitzstrahls folgendes berichtet. Unter heftigem Sturm schlug der Blitz in ein Haus und fuhr durch die Küchentür in die Küche, worin der Hausbesitzer, dessen Frau und 30 Soldaten vom Regiment Maja versammelt waren; nach dem Weg zwischen den Beinen des Besitzers hindurch nach dem Kamin, wobei die Frau und einer der Soldaten zur Erde geworfen wurden. Die Frau erhob sich unbeschädigt; aber der Soldat war an einem Fuße verwundet. Durch den Schornstein fuhr der Blitz hinaus und in ein jenseits der Straße gelegenes Haus, wo er Schornstein und Kamin verwüstete; des Eigenthümers Frau, welche mit einem säugenden Kinde am Kamine saß, umwarf; ihres achtfährigen Sohnes Wägenbild erfasste; in die Mäße ein langrundes Loch brannte; des Knaben Haare am Hinterkopf verjagte; am Leibe der Haut unter der Brust einen lothbrechten Streifen einbrannte, jedoch ohne gefährlichere Verwundungen zu verursachen; endlich an 4 Stellen (wo er Spuren zurückließ) durch die Küchenmauer in einen anstoßenden Stall fuhr und dort einen Ochsen, welcher über 800 Pfund wog, tödtete. — d.



schon durch ein Telegramm mitgetheilte Erklärung der turiner „Gazetta Ufficiale“:

Als die Regierung im Parlamente die Einsetzung eines Nationalfestes zur Feier der Einheit Italiens und der Verfassung des Königreichs beantragte, bezweckte sie, diesem Feste einen wesentlich bürgerlichen Charakter mit Ausschließung jeder obligatorischen religiösen Ceremonie zu ertheilen. Keineswegs wollte die Regierung die Mitwirkung der Geistlichkeit bei diesem Volksfeste von vornherein zurückweisen, aber sie verneinte, daß eine solche Mitwirkung Ergebnis einer freiwilligen Erwägung sein müsse. Die von der Regierung den Bürgermeistern ertheilten Weisungen waren in diesem Sinne abgefaßt. Jetzt hat eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Bischöfen sich im Voraus schon gegen die Theilnahme ausgesprochen zu müssen geglaubt und ihren Untergebenen aufgegeben, die Einladung der Bürgermeister abzulehnen. Angehts dieser Thatsache wird es natürlich überflüssig, daß die Gemeinde-Behörden der Diöcesen, in denen dieselbe vorliegt, eine Einladung an die Geistlichen richten, welche bereits notorisch in die Unmöglichkeit versetzt wurden, der Einladung Folge zu leisten. Vom Standpunkte des formellen Gesetzes betrachtet, ist der Clerus in seinem Rechte. Aus diesem Grunde steht zu hoffen, daß das italienische Volk auch diesmal wieder zeigen wird, wie es der Freiheit würdig zu verfahren weiß.

Der Gouverneur von Mailand hat folgende Proclamation erlassen: Mitbürger! In einem freien Lande ist die Freiheit für Alle; aber wenn die Aeußerung und Kundgebung der Ansichten und Gefühle frei ist, so verbietet dagegen das Gesetz jede Handlung, welche einen gewaltsamen Charakter annimmt und die Freiheit Anderer beeinträchtigt. Freiheit des Staates und Freiheit der Kirche wurden kürzlich im Parlament proklamirt, und dieses große Fortschritts-Prinzip soll sich nicht nur auf Worte beschränken, sondern sich auch durch Handlungen kundgeben. Und wenn es Jemandem zukommt, auf diesem Wege der Ausübung der bürgerlichen Freiheit voranzugehen, so sei ihm es vor Allen, o Mailänder, die ihr schon so viele Beweise von Bürgerthum gegeben habt; ihr, die ihr euch bei dem Werke der Erlösung des Vaterlandes großmüthig und in der bürgerlichen Eintracht flug gezeigt habt, ohne welches die Gewalt der Waffen und der Fortschritt der Civilisation unfruchtbar werden. Ihr seid es, an welche ich die Aufforderung richte, auf jede Kundgebung und auf jede Handlung, welche den Gesetzen der Freiheit und der öffentlichen Ordnung zuwiderläuft, zu verzichten. Derjenige, welcher das Gegentheil wünscht, ist euer Feind, und wir müssen ihn bis zum Aeußersten bekämpfen. Heute, so wie an dem ersten Tage, da ich in eure Mitte eintrat, verlange ich die Mitwirkung Aller, weil es die Pflicht Aller ist, den Gesetzen und dem Dienste unseres Vaterlandes, Italien, getreu zu bleiben. Die Uebereinstimmung des Gedankens und der Gefühle wird unsere Feinde, unter welchem Banner sie sich auch zeigen, besiegen. Möge unser einziges National-Gesetz sein: Es lebe der König!

Das Gefeind, welches in Mailand die Aufregung über den Bischof Caccia auf seine Weise ausbeuteten zu können wählte, bestand aus etwa 3000 Menschen aus der Hefe des Volkes, welche sich einbildeten, die Brantweinbrenner seien schuld an den theuren Brodtpreisen. Sie machten deshalb, nachdem man vom dem erbischoflichen Palast demonstirt hatte, einen Angriff auf eine große Brennerie, die in der Nähe lag, wurden aber nach kaum erfolgter Sprengung des Hauptthors von Versaglieri zu Paaren getrieben. Zugleich wurde Generalmarsch geschlagen. Um 6 Uhr Abends herrschte wieder in der ganzen Stadt Ruhe. Zum Glück kamen die Versaglieri noch früh genug, um zu verhindern, daß die Brennerkeller, in denen große Vorräthe von Spirituosen lagen, in Brand gesteckt wurden, denn darauf war es abgesehen gewesen.

**Neapel.** Der Kampf der Bourbonisten gegen die Piemontesen wird jetzt in der Basilicata nur noch durch einzelne kleinere Banden fortgeführt, ist aber dafür, wie der „Allg. Ztg.“ aus Neapel vom 16. Mai geschrieben wird, in der Terra di Lavoro, wo die leicht mit Albano und den Abruzzern aufrecht zu erhaltende Verbindung ihm größere Aussichten auf Erfolg gewährt, mit desto größerer Festigkeit ausgebrochen. Die Königlichen waren dort sogar kühn genug, den Plan zu einem Handstreich gegen Capua zu fassen, welcher ihnen wahrscheinlich, wenn er nicht vorher entdeckt worden wäre, diese Festung in die Hände geliefert hätte. An Einverständnissen mit den Bürgern fehlt es ihnen in keinem Ort des ganzen Königreichs, und die alten Soldaten, meistens Ueberbleibsel der neapolitanischen Jäger-Bataillone, hätten leicht der schwachen, nur aus Versaglieri bestehenden Besatzung Herr werden können. Die Anwerbungen in Albano werden mit Eifer fortbetrieben, und jedenfalls werden bald neue Unternehmungen, von dort ausgehend, den Sardinern zu ihren vielen Verlegenheiten noch andere bereiten.

[Schreiben des Königs Franz von Neapel.] Das nachfolgende Schreiben Sr. Majestät des Königs Franz, dessen Veranlassung sich aus den ersten Zeilen des Schreibens ergibt, wird jetzt bekannt:

„An den Fürsten von Santa-Lucia, Herzog von Ripalpa, spanischen Gesandten.“

Rom, 14. Mai 1861.

Ihrer Fürst, ich lese mit Erstaunen, daß die oppositionellen Blätter in Ihrem Lande Sie anschildern, mir in Neapel absolutistische Rathschläge gegeben, und den Einfluß Ihrer Freundschaft für die Sache eines verbündeten Widerstandes benutzt zu haben. Man muß mit dem Gange der Ereignisse sehr wenig vertraut sein, um eine solche Anklage gegen Sie erheben zu können. Ich lasse Ihnen gerne die Gerechtigkeit wiederfahren, daß Sie mir seit meiner Thronbesteigung mit jener unerschütterlichen Standhaftigkeit, die einzig und allein aus einer loyalen Ueberzeugung hervorgehen kann, die großen politischen und administrativen Reformen angethan haben, die meine Regierung reorganisiren und stärken sollten.

Als Sie mich beschworen, nach Sicilien zu gehen, und durch weise Maßregeln den Wirren vorzubeugen, welche Ihre Erfahrung am Horizont aufsteigen sah, als Sie mir die Nothwendigkeit auseinanderlegten, die Vergangenheit durch Verleihung einer umfassenden Amnestie zu verwischen, und meinen Völkern repräsentativen Institutionen zu verleihen, als Sie mir von großen materiellen Arbeiten sprachen, die in Angriff zu nehmen wären, von der Reorganisation in der Verwaltung, der Registratur und der Armee, wußten Sie, daß ich Ihre Ansichten mit Vergnügen entgegennahm; wir haben viele Stunden damit zugebracht, die Ausführung dieser Ansichten zu besprechen.

Sie kennen aber auch das entsetzliche Neg der von Sardinien bezahlten Verrätherei, die meine Jugend umgab, und Unerfahrenheit ausbeutete, die Mißtrauen um mich her verbreitete, und alle nur erdenklichen Hindernisse heraufbeschwor, um die Vollführung jener vernünftigen Maßregeln zu behindern. Sie wissen, wie man mich mittelst falscher Berichte, erfundener Depeschen und eines ganzen Systems ruchloser Lügen dahin brachte, daß ich auf meine Reise nach Palermo, auf meine Operationspläne in Messina und Calabrien, auf meinen Feldzug nach Salerno verzichtete, wo mich voll Ungebuld die getreuen und unglücklichen Truppen erwarteten, die sich am Volturno und in Gaeta mit Ruhm bedeckt haben.

Es ist dies eine traurige Geschichte, in welcher jedoch Ihre eine Rolle zu Theil geworden ist, die Ihnen und Ihrem Lande zur Ehre gereicht. Wenn Sie sich in Neapel als umsichtiger, fester Staatsmann bewährt haben, so habe ich in der Stunde der großen Kriegen den Mann von Herz in Ihnen erkannt. Glauben Sie mir, lieber Fürst, ich werde nie an die großherzige Freundschaft vergessen, die Sie mir während der fünf Monate voll Gefahren und Entbehrungen in Gaeta bezeugt haben.

Ich ermächtige Sie, von diesem Schreiben jeden Ihnen beliebigen Gebrauch zu machen.

Glauben Sie jederzeit an die aufrichtige Gewogenheit und Freundschaft Ihres

Franz von Bourbon.

**F r a n k r e i c h.**

**Paris, 26. Mai.** [Schiffsbauten.] Die auf Befehl und nach Angabe des Kaisers zu Minieres gebaute Erreme, die gegenwärtig an der Brücke von St. Cloud liegt, empfing vorgestern den Besuch Ihrer Majestäten, und heute bringt der „Moniteur“ einen förmlichen Leitartikel über „dieses hübsche Probefstück von antikem Schiff“, das die archaische Streitfrage, wie die Erremen des Alterthums eigentlich beschaffen gewesen, auflösen soll und das Problem der drei Ruderbankreihen über einander (der Salamiten, Zygiten und Tranten) gelöst zu haben scheint. Das Fahrzeug ist 40 Meter lang, 5 1/2 Meter breit, hat 1 1/2 Meter Tiefgang und wird durch 130 Ruder in Bewe-

gung gesetzt, welche auf jeder Seite 65, in drei Etagen über einander vertheilt sind. Der Kaiser ließ sich von der Brücke von St. Cloud Stromab bis zur Brücke von Neuilly rubern, wobei sich eine Geschwindigkeit von 5 Knoten in der halben Stunde (10 Kilometer oder 1 1/4 Meile in der Stunde) ergab.

Nächste Woche werden wieder zwei Panzer-Fregatten, Magenta und Solferino, vom Stapel gelassen. Die französische Marine besitzt deren nunmehr sieben: Gloire, Normandie, Invincible, Couronne, Magenta, Solferino und Glande. Drei neue Fregatten werden Anfangs Juli und wiederum vier zwischen Juli und Januar in Bau genommen, und sofort, bis die Zahl zwanzig voll ist, welche der Kaiser innerhalb zweier Jahre zur Verfügung haben will. Der Linien-Schiffs-Capitän Bonfils soll in wichtigen Aufträgen nach den Vereinigten Staaten gehen. Es heißt, die Regierung habe beschlossen, die Süd-Staaten als neue amerikanische Republik anzuerkennen, wenn der bevorstehende Feldzug zwischen dem Norden und dem Süden kein entscheidendes Resultat gegen den letztern ergeben sollte.

**Paris, 26. Mai.** Die französische Presse hat sich in vier Parteien gespalten, in Muratisten („Constitutionnel“ und „Pays“), in Prinz-Napoleonisten („Opinion Nationale“, „Presse“, „Temps“), in Neutralen („Debat“, „Patrie“), und in Anti-Prinzliche oder Anti-Freimaurer („Union“, „Monde“, „Ami de la Religion“ etc.)

[Wandalismus.] In der letzten Zeit wurden bedeutende Verwüstungen in dem weltberühmten Walde von Fontainebleau angerichtet. Gelbgerige Speculanten vernichteten einige der schönsten Partien desselben. Man hat Hoffnung, daß der Kaiser sich in's Mittel legen wird, um der Verkaufslust der Beamten und der Speculationswuth der Andern zu steuern. Zum wenigsten hat man eine Petition an denselben gerichtet, damit er den Wald unter seine hohe Protection nehme. Herr Denecourt, der bekanntlich den Wald von Fontainebleau zu seinem Lieblings-Erkoren und seit 20 Jahren seine Zeit und sein Vermögen dessen Verschönerung geopfert hat, ergriß die Initiative in dieser Angelegenheit. Man darf wohl hoffen, daß dieser schöne Wald der Zerstörungswuth der neueren Zeit zum wenigsten noch eine Zeit lang entgehen wird.

## Großbritannien.

**London, 25. Mai.** [Die französische und englische Armee.] Die „Times“ bringt heute einen statistischen Aufsatz über Stärke, Zusammenfassung und Kosten des französischen Heeres. Im Eingange desselben heißt es: „Während der neulichen Debatten im Hause der Gemeinen ward zu wiederholtenmalen Bezug genommen auf die Land- und Seemacht Frankreichs und auf ihre Kosten im Vergleich zu den für Meer und Flotte in England votirten Summen. Herr Monsell behauptete vor Kurzem, die französischen Vorschläge für 400,000 Mann betrügen 14,000,000 Pfd. St., und zog daraus, indem er Stärke und Kosten der britischen Landmacht damit kontrastirte, einen für den britischen Steuerpflichtigen sehr unbefriedigenden Schluß. Allein der ehrenwerthe Abgeordnete für Vimerich sagte die Frage sehr einseitig und geradezu verkehrt auf; denn obgleich er die dem Kriegsminister im französischen Budget für das Jahr 1862 zugewiesene Summe anführte, unterließ er es, gewisser Positionen für militärische Ausgaben Erwähnung zu thun, die unter das Budget anderer Ministerien fallen, des Finanzministeriums, des Staatsministeriums, des Colonial-Ministeriums, des Ministeriums des Innern und des Bauteil-Ministeriums, Positionen, die bei uns in England im Heer-Budget mitbegriffen sind. Offenbar hätte man das nicht unberücksichtigt lassen und auch den Werth der gezwungenen Dienstbarkeit im französischen Heere und auf der französischen Flotte in Anschlag bringen sollen, nämlich den Werthunterschied zwischen dem Marktpreis der Arbeit und dem von der Regierung für sie gezahlten Preis, welcher einen Theil der von der Nation für ihre Wehrkraft gezahlten Steuer bildet, einer Steuer, die empfindlicher und mit Recht impot du sang genannt wird. Die gesammte französische Landmacht beträgt 400,000 Mann nebst 85,705 Pferden und 5658 enfans de troupe, wozu noch Truppen in den französischen Colonien (außer Algerien), deren Zahl nicht angegeben ist, deren Kosten aber von dem Marine- und Colonial-Ministerium bestritten werden, so wie 2894 Mann und 663 Pferde der pariser Garde kommen. Stellen wir nach den Waffengattungen alle Truppen in Frankreich und Algerien mit den englischen zusammen, so ergibt sich folgendes Resultat:

	Frankreich und Algerien.	England und seine Colonien.	Indien, mit Ausschluß der Truppen der ehemaligen ostindischen Gesellschaft.
Stab.....	4,607	1,222	1,222
Infanterie.....	259,841	101,230	150,123
Cavallerie.....	76,903	13,194	18,210
Artillerie.....	37,873	22,393	28,520
Genie.....	5,384	4,535	4,535
Train.....	6,655	1,909	1,900
Verwaltungs-Departements.....	8,737	1,561	1,561
Indische Depots in England.....	—	—	6,688
Gesammtstärke.....	400,000	146,044	212,854
Pferde.....	85,705	8,262	21,904

Der auffallendste Zug, welcher uns beim Vergleich obiger Zahlen in die Augen springt, ist die im Vergleich ungeheuer große Ueberlegenheit der Franzosen an Cavallerie, Stab, Train und im Verwaltungsstabe. Bei nur 2 1/2 mal so großer Anzahl Fußtruppen haben sie in runder Zahl 5mal so viel Leute im Verwaltungsstabe — wenn wir bei uns Intendantur- und Lazarethdienst dagegen rechnen — 5mal so viel im Stab, eine sechs- bis siebenfache Cavallerie und 10mal so viel Pferde, während sie nur ein Drittel mehr Ingenieure und etwa die Hälfte mehr Artillerie haben. Ferner verhält sich in Frankreich die Zahl der Offiziere zu der Zahl der Soldaten wie 1 zu 16, in England wie 1 zu 19. Es läßt sich bezweifeln, ob wir, ohne unvorsichtig zu werden, die Sparsamkeit in dieser Hinsicht weiter treiben könnten; denn wenn wir die Zahl der Offiziere verminderten, so würden wir die Brauchbarkeit und Beweglichkeit des Heeres beeinträchtigen. Sie sind die Triebfeder, durch welche sich die Maschine bewegt, während, was für Veränderungen auch immer in Folge der Einführung von Armstrong-Kanonen und Enfield-Büchsen stattfinden mögen, kein Beweis vorliegt, daß die Cavallerie in zukünftigen Kriegen eine weniger wichtige Rolle spielen wird, als in früheren. Bei so bewandten Umständen darf man wohl mit Recht bezweifeln, ob eine weitere Verminde rung der Cavallerie, wie sie im Hause der Gemeinen vorgeschlagen wurde, rathsam ist.“ In einem Leitartikel schätzt die „Times“ die Gesamt-Ausgaben für das französische Heerwesen auf 24,000,000 Pfd. St.

[Das neue Blaßbuch über die holländischen Angelegenheiten.] Die „Times“ findet, das neue Blaßbuch sei vollständig (soll wohl heißen: nicht gefälscht?) und lasse Vieles in unergründlichem Dunkel. Der ganze Streit sei sehr verwickelt, kaum verständlich, langweilig u. s. w. Trotzdem spricht sie mit großer Zuversicht ab, fällt summarische Urtheile gegen Deutschland und plaidirt für das Ideal, das ihr seit 12 Jahren vorschwebt — ein vereinigttes Königreich von Groß-Britannien mit Holstein. Der Schluß des Artikels der „Times“ lautet: „Zum erstenmal seit dem Ausbruch dieses unerpreßlichen Streites zeigt sich etwas wie ein ernstlicher Wunsch, ihm ein Ziel zu setzen. Sogar die preussische Regierung soll den Wunsch hegen, daß die Frage nicht auf die Spitze getrieben werden und nicht zu einem Bruch mit Dänemark führen möge; ein Wunsch, der, wie leicht zu sehen, daher rührt, daß sie ganz außer Stande ist, ihre Drohungen auszuführen. Andererseits erklärt der Präsident des dänischen Kabinetts einer Deputation, die gegen die deutsche Einmischung protestirt, daß die Regierung bereit ist, bis zu einem gewissen Grade ihre streng gesetzlichen Rechte in Holstein zu opfern. Noch gewisser ist, daß jede Ausgleichungsmethode von England versucht, und von Schweden, Rußland und Frankreich unterstützt wird. Zugleich müssen die vermittelnden Mächte bedenken, daß Dänemark bereits alle möglichen Zugeständnisse gemacht hat“ u. s. w.

[Kossuthnotenprozeß.] Die Verhandlungen im Kossuthnotenprozeß wurden am 23. und 24. d. M. vor dem Kanzleigerichtshofe fortgesetzt. Das von den Rechtsanwaltschaften des Kaisers von Oesterreich, als der klagenden Partei, geführte Plaidoyer (Hauptredner war diesmal Mr. G. Palmer, dem Sir Hugh Cairns und Mr. Cotton zur Seite standen) war im Wesentlichen dasselbe wie früher vor dem Vice-Kanzleigerichte.

Mr. Palmer erklärte, der Gerichtshof habe sich im vorliegenden Falle über 5 Punkte auszusprechen: 1) in wie weit Kläger ein Anrecht auf den Titel König von Ungarn besitze; 2) über das in Ungarn geltende, die Geldcirculation betreffende Gesetz; 3) über den Gebrauch des königlichen Wappens in Ungarn; 4) über die Verhältnisse, unter welchen der Notenbrud vorgenommen wurde; 5) über den Zweck dieser Fabrication und den Gebrauch, der von besagten Noten gemacht werden sollte. — Mr. Collier, einer von Kossuth's Bertheidigern, bemerkte hier, er wolle nicht bestreiten, daß Kläger de facto König von Ungarn sei. Sein Client stütze sich jedoch auf die Thatsache, daß Kläger als solcher von der Königin von England nicht anerkannt worden sei. — Der Lord-Kanzler darauf: Es sei für den Anwalt des Klägers unnöthig, diesen Punkt weiter auszuführen. Der Kaiser von Oesterreich sei unzweifelhaft de facto König von Ungarn, und als solcher werde er judicial von Seiten des Gerichtshofes angesehen werden. — Mr. Palmer ging somit gleich auf den zweiten Punkt über. Kossuth habe in seinem Affidavit behauptet, der König von Ungarn besitze nicht das Recht, ohne Genehmigung des Landtages Papiergeld in Ungarn auszugeben, und nur ihm (Kossuth) sei dieses Recht vom Landtage eingeräumt worden. Das erwähnte Affidavit stelle jedoch nicht in Abrede, daß unter der Genehmigung des Landtags auch die des Königs erforderlich sei, und da Kossuth diese Genehmigung des Königs nicht erhalten habe, so folge daraus, daß er zur Anfertigung von Noten nicht berechtigt sei. Was den dritten Punkt, die Benutzung des königl. Wappens auf Ankündigungen, Schilden, Druckfachen, Etiquetten und dergl. betrifft. — Der Lord-Kanzler: Da kommt es ganz auf die Absicht an, zu welcher das Wappen gebraucht wird. — Mr. Palmer: Ja wohl. Und im vorliegenden Falle wäre die Verwendung des königlichen Wappens ganz gewiß ohne Ermächtigung des Königs geschehen. Den vierten Punkt: die Fabrication der Noten betreffend, siehe es jedem Staate frei, einen andern befreundeten Staat aufzufordern, daß er die innerhalb seiner Grenzen vorgenommenen Nachahmung seiner Geldzeichen verbiete. Das Ausgeben von Geldzeichen, gleichgiltig ob diese aus Metall, Papier oder Leder bestehen, gehöre, wie allgemein anerkannt ist, zu den Privilegien der Fürsten oder des jeweiligen Staatsoberhauptes. Besagte Noten sollten im Namen des ungarischen Staates ausgegeben werden, wodurch ein Eingriff in die Rechte des Königs geschehen würde. Diese Noten seien nichts Anderes, als Hilfsmittel zu einer Invasion in die Staaten des Königs von Ungarn, mit dem England auf freundschaftlichem Fuße steht, und dieser Gerichtshof sei somit verpflichtet, die Anfertigung und Verwendung dieser Hilfsmittel zu verhindern. Es sei wahrlich undenkbar, daß einem Flüchtlinge das Recht eingeräumt werden sollte, in England ganze Wagenladungen voll Banknoten zu fabriciren, um vermittelst derselben eine Revolution in einem befreundeten Staate zu erzeugen. Doch sei der Gerichtshof nicht aus diesem Grunde zum Einschreiten aufgefordert worden, denn er sei wahrscheinlich nicht befugt, gegen irgend etwas einzuschreiten, was die Erzeugung einer Revolution in einem andern Staate bezweckt, wohl aber habe er hier das Recht, einzuschreiten, weil es sich um die Beeinträchtigung des Personalrechtes des Königs von Ungarn handle. Kossuth's Einwand, daß er von den Noten nicht eher Gebrauch machen wolle, als bis des Königs Autorität in Ungarn gestürzt sein werde, sei durchaus nicht haltig, insofern Kläger nicht bloß jetzt, sondern auch künftig der Vertreter des Königreichs von Ungarn sei, und das Gericht diesen vor persönlicher Beeinträchtigung zu schützen habe. — Sir Hugh Cairns und Mr. Cotton machten ähnliche Gründe geltend.

Für Kossuth plaidirten hierauf die Herren Collier, Gifford und Simpson. Sie behaupteten, nach dem Plaidoyer der Anklage handle es sich hier um ein Vergehen politischer Natur, wie es von einem englischen Civilgerichtshofe nimmer abgeurtheilt werden könne. Keinem auswärtigen Monarchen stehe das Recht zu, wegen einer angeblichen Beeinträchtigung seiner Finanzen bei einem englischen Civilgericht eine Klage anhängig zu machen, und sei dergleichen nie vorgekommen. Hier liege eine Klage vor, daß der Kaiser von Oesterreich in seinen Souveränitätsrechten bedroht sei, und eine Klage dieser Art gehöre vor die Criminalgerichte. Zudem könne Kläger sich selbst vor Schaden bewahren, wenn er die Einfuhr der Noten verbiete. Daß seine eigenen Noten durch die von Kossuth fabricirten entwerthet werden sollten, sei schon deshalb nicht anzunehmen, weil letztere jenen nicht nachgemacht wurden, somit gar kein Versuch gemacht worden sei, jene betrügerisch zu verdrängen. So lange der Kaiser von Oesterreich Herr in Ungarn sei, seien die Noten Kossuth's werthlose Papierfetzen. Man könne höchstens von ihnen sagen, daß sie den Frieden des Kaisers von Oesterreich bedrohen, und diesen Frieden zu bewahren, gehöre nicht zu den Pflichten eines englischen Gerichtshofes. — Der Lord-Kanzler: Die Noten besagen, daß sie von der ungarischen Nation garantirt sind. Ist der Kaiser von Oesterreich nicht der Repräsentant der ungarischen Nation? — Mr. Collier: Aber es war nicht die Pflicht, die Noten auszugeben, so lange Ungarn in der Gewalt des Kaisers von Oesterreich ist. — Der Lord-Kanzler fragte den Anwalt, ob er wohl glaube, daß, wenn englisches Geld in Boulogne fabricirt würde, die Königin etwa nicht Schritte dagegen thun könne. — Mr. Simpson erwiderte darauf, das wäre allenfalls eine Frage für die Criminal- aber nimmer für die Civilgerichte. — Der Lord-Kanzler meinte dagegen, man würde sich in einem solchen Falle an dasjenige Gericht wenden, wo man am schnellsten zum Ziele kommen würde.

Der Lordkanzler hat sich seine richterliche Entscheidung bis zum letzten diesmahligen Termin, dem 12. Juni, vorbehalten.

## R u s s l a n d.

**St. Petersburg, 11. (23.) Mai.** [Zur russischen Politik.] Die Depesche, welche Fürst Gortschakow, unser Minister der Auswärtigen, am 2. Mai a. St. an den Grafen Kisselew in Paris gerichtet hat, wegen der bevorstehenden Räumung Syriens, stimmt im Wesentlichen mit der älteren des Hrn. v. Thouvenel an den in der Türkei accreditirten französischen Gesandten überein. Ihre Leser werden gut thun, seit dem Einlenken Frankreichs in Polen, die eben erwähnte Depesche des Fürsten als das bestimmte Programm unserer auswärtigen Politik hinzunehmen. Der Kaiser, einzig beschäftigt mit den Sorgen für das innere Gedeihen des Reiches (und diese Sorgen sind wahrlich nicht klein), überläßt seinem Minister die auswärtigen Angelegenheiten fast ganz, und dieser lebt und stirbt, unerachtet aller bitteren Erfahrungen für ein völliges Zusammengehen mit Frankreich. Mit ihm steht eine große Partei des auswärtigen Ministeriums, die sich mit ihrem Chef in die französischen Sympathien dermaßen hineindiplomatistirt hat, daß sie eine solche entente cordiale mit Frankreich als ein durch die geschichtliche Mission beider Reiche unerläßlich gewordene Nothwendigkeit ansieht. Würde Fürst Gortschakow etwas mehr Staatsökonom als Diplomat sein, so müßte er sich selbst sagen, daß der seine Taft Napoleons dem englischen Bündniß, so un bequem es ihm auch manchmal werden mag, immer den Vorzug geben wird, so lange wir auf so wackeligen Füßen stehen, wie bis jetzt. Wir haben unsere Milliarden Papiercheine, und unsere Landwirthschaft bisher in Rinderschäben, steht in diesem Augenblick in der Geburtswehe einer neuen Aera, über deren Ausgang die Bauernablösung und der Geldmangel wie ein Damoklesschwert hängt.

Bis heute ist die Rewa vom Esce nicht frei, die Erndte nicht gesichert, der Handel geht matt, in Polen stehen wir auf einem Vulkan, dem nur auswärtiger Wind fehlt, um in Flammen aufzugehen, die Vorber den Fürsten Barjatinski im Kaukasus bewahren sich nicht; am Amur fällt das Gold nicht von den Bäumen, und, wenn es da wäre, es fehlt uns an guten Communications. Zum Krieg führen gehört Geld. Wenn wir nach Syrien und in die Türkei wollen, brauchen wir das ganz besonders. Was wird Rothschild sagen, wenn wir eine Anleihe auf den Markt bringen, während wir mit den nothwendigsten Bahnlinien nicht fertig werden können. Wie anders steht es da mit England? Dies und noch vieles Andere könnte sich der Fürst sagen. Aber er thut es nicht. Ich glaube die Einzigen, denen davon etwas zu Gute kommen wird, werden die Polen sein.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.



(Fortsetzung.)

Das Füllhorn der Gaben scheint für sie noch nicht erschöpft. Es ist auffällig, welche Mühe man sich in hohen Kreisen giebt, für die Polen Sympathien an den Tag zu legen, die man nicht im Herzen trägt. Die zahlreichen Munitionstransporte, die man von hier absendet, werden doch hoffentlich nicht für sie bestimmt sein? Warum unterdrückt man denn so geistlich alle warshauer Berichte? Die „Illustrated London News“ brachte kürzlich Bilder mit Text von der Emeute in Warschau. Das war Alles geschwärzt. Meine Mittheilung in Betreff des Eingehens der geheimen Polizei, der 3. Abtheilung, die in vielen richterlichen Fällen leider entscheidende Instanz war, und an deren Stelle ein Polizeiministerium organisiert werden soll, bestätigt sich. Man ist mit dieser Aenderung in den betreffenden Ressorts eifrig beschäftigt, doch wird sie zuversichtlich noch Monate in Anspruch nehmen.

Die hier in der Viteneinsaja befindlichen Arsenale, welche kostbare Waffenschätze enthielten, sind seit einigen Wochen vollständig geleert worden. Alles ist in die Festung hinübergeführt. Es wäre sehr schade, wenn es sich bestätigte, daß die großartigen Gebäude niedergebissen werden sollten. Bis heute geht wie gesagt, die Rewa. Heute freilich nur noch schwach; aber vorgestern und früher war der Eisgang so stark, daß die Schiffsbrücke am Winterpalais selbst in ihrer abgefahrenen Stellung Schaden gelitten. Gestern hatten wir den ersten schönen Maitag und die Völkerwanderung hat damit begonnen. Viele ziehen aufs Land, die Gutsbesitzer und begüterten Klassen gehen auf Reisen, um Dekonomie zu machen. Zahllose angeworbene Kolonisten, darunter auch viele Ihrer Landsleute kommen an — mögen sie das beherzigen, was ich Ihnen geschrieben habe.

**Petersburg, 7. (19.) Mai.** [Der Rücktritt des Herrn v. Kowalewski], welcher jetzt durch telegraph. Dep. bestätigt wird, scheint aus folgender Geschichte, die sich in Kiew zugetragen hat, zu datiren. Herr v. Piragow, berühmter als Arzt, der sich besonders als Chirurg während des Krim-Krieges in glänzendster Weise hervorgethan und dadurch die Aufmerksamkeit des Großfürsten Konstantin auf sich gezogen hatte, war, wie man sagt, auf eben dieses Großfürsten besondere Verwendung zum Curator des Lehrbezirks im Gouvernment Kiew ernannt worden. Als solcher fing er bald an, ein ganz neues, zeitgemäßes System freisinniger Disciplin und dem Zwecke besser entsprechenden Unterricht in den unter ihm stehenden Lehranstalten, namentlich in der Universität und in den Gymnasien des Gouvernements einzuführen. Dies blieb natürlich nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern, Professoren und Studenten. Dem vollständig noch im Jopz-Regiment der Vergangenheit befangenen General-Gouverneur, Fürsten Paszyltschikow, waren in dessen Prinzipien und Veränderungen des Herrn Piragow ein Dorn im Auge, und es wurde deshalb keine Gelegenheit versäumt, den Curator auf geeignetem Wege an höchster Stelle in ein möglichst ungünstiges Licht zu stellen. In diese kleinen und größeren Conflcte ward dann selbstverständlich auch Hr. Kowalewski verwickelt, und es ist so leicht erklärlich, daß dadurch mittlerweile auch das Verhältnis zwischen diesem und Herrn v. Piragow getrübt wurde. So standen die Dinge, als ein Schüler des Gymnasiums des Piragow'schen Lehrbezirks einen Diebstahl beging. Hr. v. Piragow, der auf den Gymnasien Ehrengerichte eingeführt hatte, ließ der Sache unter dieser Jurisdiction ihren Lauf, und die Collegen desselben verurtheilten denselben zu einer Anzahl Prügel — einer Strafe, die als „insam“ unter ihnen völlig abgeschafft war. Das Urtheil ward vollzogen, und wenige Stunden nach der Exekution schnitt sich der Bestrafte den Hals ab. Durch den General-Gouverneur kam der Vorfall schleunigst an die große Glocke und so auch an den Kaiser. Piragow hatte es aber versäumt, den Vorfall Herrn v. Kowalewski pflichtmäßig anzuzeigen; Letztere war deshalb nicht wenig erstaunt, die erste Nachricht über dieses Ereignis aus dem Munde des Kaisers zu erfahren. Neues Zerwürfniß zwischen Kowalewski und Piragow. Dieser, des ewigen Haders müde, nimmt nun seine Entlassung. Die Kunde davon hat sich kaum verbreitet, als auch schon der Plan eines glänzenden Abschieds-Diners für Piragow aufsteht. Am 4. (16.) April fand dasselbe in Kiew statt und erwies sich durch die Reden und Toaste, wie durch viele Nebenumstände als die eleganteste Ovation, die jemals einem unserer höher gestellten Beamten zu Theil geworden. Außer den Professoren der Universität wohnten dem Festmahl die Lehrer aus den Gymnasien und Schulen, viele Beamte des Lehrbezirks, verschiedene Studenten, Gymnasialisten, der Beichtvater des Curators und der Inspector einer israelitischen Schule bei. Während des Diners langten zahllose telegraphische Depeschen von Schulen und Erziehungs-Anstalten aller Art an, die den Curator ihres Beileids und ihrer Verehrung versicherten. Die Hauptsache aber waren die verschiedenen Reden, welche jetzt gesammelt in einer Broschüre erschienen sind, von Lob und Dank gegen den Curator überfließen und des General-Gouverneurs, sowie anderer mißliebiger Persönlichkeiten ohne Namensnennung in der ungünstigsten Weise gedenken. Auch ein Student und ein Gymnasialist hatten Reden gehalten, sowie der Inspector der jüdischen Schule und zum Schluß der Beichtvater des Curators. Der Gymnasialist sagte u. a. in seiner Rede, früher habe man zwischen Lehrern und Schülern nur ein Verhältnis gekannt: das zweier Feinde; gelernt habe man nur mit Widerwillen, wirklich profitirt — nichts; seit Hr. v. Piragow sein Amt angetreten, sei die Sache anders geworden; der Schüler habe nun seinen Lehrer als väterlichen Freund angesehen und mit Vergnügen gelernt. Die Broschüre erregt wie der ganze Vorfall in den betreffenden Kreisen eine ungeheure Sensation. (R. Z.)

## Amerika.

**New-York, 12. Mai.** General Butler ist mit 2000 Mann und einiger Artillerie in die Stadt Baltimore am 9. d. eingezogen; die Bevölkerung empfing ihn mit Freuden; die Aufständischen haben sich nach Virginien zurückgezogen. Andere Truppen gingen von Baltimore nach Washington und fanden nirgends Widerstand. Im östlichen Virginien haben die Sonderbündler mehrere starke Lager, bei Richmond, Harpers Ferry u. s. w. Ueberhaupt soll ihre Truppenmacht unter General Lee in Virginien auf 20,000 Mann gestiegen sein. Die Regierung hat jetzt für Washington nichts mehr zu fürchten, selbst wenn Lee einen Angriff wagen sollte, wovon noch immer gesprochen wird; er würde die Befestigung Virginien durch Bundes-truppen verhindern wollen. Andererseits will man Kairo sichern, den Punkt, wo der Ohio in den Mississippi einfließt und mehrere Eisenbahnen sich kreuzen; es sollen dort an 15,000 Mann aus Indiana, Illinois und Kentucky concentrirt werden, da die Truppen aus Tennessee und Arkansas auf diesen Punkt ihr Auge scharf gerichtet haben. Hier könnte es also leicht zu einem Zusammenstoß kommen. West-Virginien ist unbestreitbar; es will sich vom östlichen Theil trennen; die Regierung wird jedoch darauf halten, daß ganz Virginien beim Bunde bleibt, wozu Ohio und Pennsylvania helfen müssen. Capitän Lyon in St. Louis hat einen Trupp Secessionisten als Gefangene in die Stadt gebracht, wobei der Pöbel Excesse beging.

## Provincial-Beitung.

**Breslau, 29. Mai.** [Tagesbericht.]

3 Morgen, Donnerstag den 30. Mai, fällt die ordentliche Sitzung der Stadtverordneten aus und wird dafür Freitag den 31. Mai abgehalten werden. Es ist das Arrangement deshalb getroffen, weil auf Donnerstag das Frohnleichnamfest fällt. — Wie verlautet, wird die große Prozession, welche morgen (Donnerstag) auf der Dominsel stattfinden, der Herr Fürstbischof Dr. Heinrich Förster selbst celebriren.

— Die hiesige kgl. Regierung publicirt in dem „Breslauer Amtsblatt“ eine dringende Empfehlung an die Bewohner des Departements: dem Museum für schlesische Alterthümer ihre fördernde Theilnahme zuzuwenden und zu dem Ende die in ihren Besitz gelangenden alterthümlichen Gegenstände, als: disponible Grabaltäre, Kirchenutensilien, Bildwerke jeglicher Art, Waffen, Hausgeräte, Schmuck, Münzen u. s. w., im Wege des Verkaufs oder als Geschenke an den hier zur Errichtung des Museums zusammengetretenen Verein einzufinden.

3 Allen schlesischen Schützengilden können wir die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß der Herzog von Coburg-Gotha auf Bitte des Ausschusses die Oberleitung über das deutsche Schützenfest übernommen, welches in den Tagen vom 8. bis 11. Juli zu Gotha gefeiert werden soll. Es wird dies, wie die amtlichen Organe sagen, von dem wesentlichsten Einfluß auf den Fortgang des großartigen Unternehmens sein, und dessen Gelingen sichern, und wir fügen hinzu, daß dies erfreuliche Ergebnis sehr viele Gilden bewegen wird, sich an dem Feste zu betheiligen, welche dies sonst vielleicht nicht gethan hätten. Wir Breslauer haben den erlauchten Herzog schon bei Gelegenheit der letzten Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers von Rußland kennen gelernt. — Ueber das Programm dieses Schützenfestes hat die Bresl. Ztg. bereits vor längerer Zeit ausführliche Mittheilung gemacht; übrigens erhalten die schlesischen Gilden bei dem Vorstande des hiesigen Bürgerschützen-Corps, welchem schon vor Wochen eine Einladung nebst dem ausführlichen Programm zugegangen ist, die gewünschte nähere Auskunft. — Wünschenswerth wäre es: daß die Gilden, welche gerade um diese Zeit ihre jährlichen Königsschießen abzuhalten pflegen (wie z. B. hier in Breslau), für diesmal eine Ausnahme machen, und diese Königsschießen um einige Tage verschieben möchten, um die Theilnahme an jenem, gewiß sehr interessanten Feste nicht zu beschränken.

3 In diesen Blättern war bereits früher der junge Breslauer Paul Schulz erwähnt, der sich als Tambour im 30. preuß. Infanterie-Regiment in Frankfurt a. M. befand, sich durch seine ganz besonderen Anlagen für Bildhauerkunst ausgezeichnet und in Folge dessen im Städtischen Kunst-Institut daselbst freundliche Aufnahme und Unterricht genossen hatte. Derselbe ist nunmehr vor kurzem auf Befehl Sr. Maj. des Königs vom Militärdienst entbunden und unter Zuteilung einer Unterstützungssumme nach Berlin gerufen worden, damit derselbe in der königl. Akademie für Kunst sich gehörig ausbilden und seinem Künstlerberuf folgen könne. — Eine Photographie nach der von ihm noch in Frankfurt gefertigten Statuette: „ein zur Attaque kommandirender Major“ — befindet sich zur Zeit auf der hiesigen Kunstausstellung.

3 [Breslauer Theater-Notizen.] Der warmen Jahreszeit und den Sommerbühnen gegenüber sind die Stadttheater überall auf die Hilfsmittel der Gastspiele angewiesen, die denn auch von der Direktion des hiesigen Theaters nach verschiedenen Richtungen hin eingeleitet, sich bis jetzt als erfolgreich bewiesen haben. Nach dem glänzenden Gastspiel Emil Devrient's nimmt die italienische Operngesellschaft in diesem Augenblicke das Interesse des kunstliebenden Publikums in so außerordentlichem Maße in Anspruch, daß trotz der raschen Auseinanderfolge der Vorstellungen, die festen Plätze schon immer Tages vorher vergriffen sind. Die Freunde der edlen Gesangkunst werden es sonach gewiß auch mit Befriedigung vernehmen, daß es der Direktion gelungen ist, die treffliche Gesellschaft für noch drei Vorstellungen zu gewinnen, die Sonnabend, Sonntag und Montag stattfinden, worauf dieses Gastspiel definitiv geschlossen wird. — Am Dienstag eröffnet sodann eine eben so talentvolle, als schon Schauspielerei ein Gastspiel, das für uns gewissermaßen ein Familieninteresse hat, indem die jugendliche Künstlerin hier geboren und erzogen, ihre ersten Versuche auch auf der hiesigen Bühne gemacht hat, worauf es ihr dann gelungen ist, eine höchst geachtete Stellung an der dresdner Hofbühne einzunehmen. Wir meinen Fräulein Palestra Guinand, den Liebling des dresdner Publikums. — Mitte Juni endlich trifft Frau Zauer-Krall zum Gastspiel ein, die beliebte und anmuthige Sängerin, welche sich im vorigen Jahre hier so viele Herzen erobert und soeben eines der erfolgreichsten Gastspiele in Berlin beendet hat.

3 [Geographisches.] In der N. Goschorsky'schen Buchhandlung liegt gegenwärtig ein von dem Regiments- und Fort-Inspektor D. Wittschierlich an Ort und Stelle angefertigtes Relief des Zobtengebirges mit seinen sämtlichen Vorbergen bis zu einer Entfernung von einer halben Meile, sowie dieselben in geognostischer Beziehung von Interesse sind, in Gips abgegossen, zur Ansicht aus; es ist 12 1/2 Zoll lang und 9 Zoll breit, die neue entworfene Karte und die Höhenbestimmungen des Zobtengebirges vom Professor Sadebed dienten bei der Ausführung als Grundlage und bürten für die geometrische Richtigkeit der Arbeit. Der Maßstab ist 1 : 50,000 und zwar für die Höhen ganz derselbe wie für die Längen, das Relief stellt also die natürlichen Verhältnisse genau dar. Die verschiedenen Gesteinsarten: Granit, Hypersthen, Serpentin und Quarz sind durch farbige Umränderungen bezeichnet. Bei der geognostischen Bestimmung derselben und ihren gegenseitigen Abgrenzungen von einander wurde die vom Professor G. Rose geognostisch colorirte Karte Schlesiens benutzt. Die Straßen sind durch erhabene, die Bäche durch vertiefte Linien, die Ortschaften mit ihren Straßen durch der Wirklichkeit entsprechende Erhöhungen angegeben. Die Ortschaften sind mit römischer Frakturschrift bezeichnet. Das Relief selbst befindet sich in einem schwarz lackirten Kasten, welcher mit einem Glasglocken versehen ist, doch kann dasselbe auch auf Wunsch nur mit einer schwachen Goldleiste und schwarzem Rahmen versehen werden. — Der Preis eines Exemplars stellt sich auf 2 Thlr. 10 Sgr. Da das Relief für die Orientierung dieser Bergverweigerung außerordentlich günstig und die Methode der Anfertigung in ihrer Art eine ganz neue ist, so verhehlen wir nicht, Freunden dieser in jeder Hinsicht so höchst interessanten Berggruppen dasselbe als das Angelegentlichste zu empfehlen.

3 [Ein Bild von Lucas Giordano.] Die seit Anfang d. Mts. wieder geöffnete Gemälde-Gallerie im Ständehause beherbergt z. B. bereits wieder auch einige Stücke neueren Ursprungs, besonders einige Landschaften von bedeutenderer unserer mitlebenden Maler zu erwähnen sind. Außerdem finden wir dort ein großes Gemälde von Lucas Giordano ausgeführt, „das Urtheil des Paris“, worauf wir Kunstfreunde aufmerksam machen. Es zeigt in vollem Maße jene Zartheit des Colorits und jene Harmonie der Farben, durch welche sich die besten Werke des genannten Meisters aus dem 17. Jahrhundert auszeichnen. Das Bild, aus dem Nachlasse eines angesehenen Breslauer's stammend, ward von diesem einst unter der Hand für nahe an 2000 Thlr. erworben und ist wiederum veräußert.

— Der neue gewandte Wirth des Lieblich'schen Etablissements hat es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, demselben auch im Sommer eine größere Anziehungskraft zu erringen, als ihm unter dem kugnerischen Regime eigen war. Wie in allen seinen bisherigen Arrangements, betonte Herr Meyer bei dem nach mehrmaligem Aufschub gestern zum erstenmal inscenirten Garten-Illuminationsfeste die in der Berliner Schule geläuterte Geschmacksrichtung. Nirgends zeigte sich allzu pompöse Ueberladung, aber auch nirgends knidrigere Flemmigkeitserei oder spärliche Dürftigkeit. Die Beleuchtung des Gartens, in dem Hauptgange abwechselnd mit runden und spitzen Gasbögen, in den übrigen Partien mit Randalabern und zierlichen Ballons, ist weniger glänzend als sinnig arrangirt, zumal das romantische Dämmerlicht im hinteren Rayon. Am südlichen Ende plätschert eine nett angelegte künstliche Fontäne, während gleich beim Eingange die

eben eröffnete Weinhalle zum Genuße winkt. Auch an verschiedenen andern Punkten sind Büffets errichtet, die alle nur denkbaren Erfrischungen bieten. — Die musikalische Unterhaltung des Abends war durch die königliche Kapelle gut vertreten, und das zahlreiche erschienene Publikum lauschte gern in dem feierlich erleuchteten Hauptgange, zumal der liebevolle Naichmel nach einem drohenden, aber glücklich vorübergezogenen Unwetter nichts zu wünschen übrig ließ.

—X= Das am Dinstage stattgefundene erste große Volksgarten-Fest hatte trotz günstiger Witterung kaum die Zahl von Besuchern aufzuweisen, wie sie jeder Sonntag zu zeigen pflegt. Aber wer möchte jetzt auch gern den Lehmamm passieren, auf welchem, ähnlich den pompejanischen Ausgrabungen, die Hälfte des Weges mehrere Fuß tief aufgerissen und die überflüssige Erde an dem Kasanienwege aufgeschüttet ist, der sich nur im Gänsemarsch beschreiten läßt? Nichts desto weniger waren die durch Herrn. Rogall im Volksgarten getroffenen Arrangements in einer verschönernden Weise ausgeführt, welche die Augen aller Anwesenden auf sich zogen. Während in den Zwischenpausen der Musik, ein Theil der Gäste sich an den gefanglichen Vorträgen in der Arena ergötzte, fand sich der andere beaglich im Genuße des so trefflichen Bieres, dessen Güte gestern auch dem Laien in Sachen des Cambrinus auffiel. Mit Eintritt der Dunkelheit begann die Illumination nach orientalischer Art und der Garten erhellte sich durch die dabei in Anwendung gekommene Methode mit einer Schnelligkeit, als hätte der elektrisch-magnetische Funke dazu seine Kräfte bergelieben. Die Erleuchtung des Gartens war in bekannter geschmackvoller Weise arrangirt und hob sich prachtvoll an dem dunklen Nachthimmel ab, der zwischen dem Laube sternentlar herunterlag. Bengalische bunte Flammen durchleuchteten den Garten, von Konsts's „Erwachen des Böwen“ fuhr wie ein Sturm über die Anwesenden, die mit Mund und Hand Beifall riefen, und draußen hatte sich die Welt schon zur Ruhe gelegt, indessen hier die letzten lustigen Zecher nur widerstrebend die reizende Passage über den Lehmamm weg, zum Heimwege antraten.

—bb= Unter den Betheiligten an der Schiller-Votterie findet man in unserer Stadt meist Wohlvergnügte, nur hier und da einen, dem Fortuna ein beglückendes Lächeln zu Theil werden ließ. Zu diesen gehört auch der industrielle Gastwirth in Rosenthal, Herr Seiser, welcher aus der Glückturne eine goldene Antehuhr gezogen und wahrlich heute schon in Empfang genommen hat.

—bb= Die Arbeiten bei der Errichtung der neuen eisernen Sandbrücke ziehen fortwährend die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich. Der Bau wird mit dem angestrengtesten Eifer betrieben und von Morgens 4 Uhr bis zu einbrechender Dunkelheit unausgesetzt gearbeitet. Man hofft auf diese Weise, das Werk im Monat Juli zu beenden, allerdings fast ein ganzes Jahr später als verheißten worden ist. Die beiden Träger sind bereits aufgestellt, nun werden die Quertäger der Fahrpassage angebohrt und die Consolen des Fußweges angefahren.

—\* In der Nacht zum Montag stöberte in dem Scheitniger Park der Hund des dortigen Waldwärters unsern des Schneckenberges mehrere Felle von Schuppen auf, welche in sehr ungeschickter Weise und sichtlich in großer Eile abgezogene Häute unter Laub und Nester versteckt waren. Jedenfalls liegt hier ein Diebstahl vor.

— Der neu ernannte Staatsanwalt beim Stadt- und Kreisgerichte hies., Herr Staatsanw. Kessel in Scheidnig, übernimmt sein hiesiges Amt wahrscheinlich erst zum 1. Juli. Dasselbe wird seit dem Abgange des Herrn Staatsanw. Ring als Ober-Staatsanw. nach Magdeburg von den bisherigen Mitgliedern der Staatsanwaltschaft versehen.

— \* Die vierte Schwurgerichtssession d. J. beginnt Montag den 3. und endigt Sonnabend den 15. Juni. Zum Vorjüngenden ist Hr. Appellations-Gerichtsrath Dames ernannt. Die Terminrolle umfaßt 41 verschiedene Anlagefälle, von denen die meisten schweren Diebstahl, Hehlerei u. s. w. betreffen. Außerdem sind angehängt: Der Polizeibienner und Exekutor Buntale aus Gochsitz, wegen wiederholter Unterschlagung in amtlicher Eigenschaft empfangener Gelder; Tagelöhner Ernst Hoffmann aus Clarentz, wegen Raubes auf öffentlichem Wege; Tagelöhner Josef Zimmer aus Gloschlau und Ferd. Scholz aus Leubus, ebenso Optikus Moriz Schlesinger und Maurerburche Dschisti aus Breslau, wegen Weuterei; Former W. J. Stande, wegen Urkundenfälschung; verehel. Schneidergesell Auguste Wohl geb. Zbiehitz, Gärtner Labitzke von hier, wegen wissentlichen Meinleides; verehel. Häusler Quider aus Nieder-Fraumbach, unverehel. Anna Mayke aus Kl. Kommerow und Häuslerstellenbesitzer Gottlieb Koch aus Nieder-Luzine, wegen vorsätzlicher Brandstiftung; unverehel. Marie Dierke Wagner aus Kleschitz, wegen Mißhandlung mit tödlichem Ausgange; Kohlenfuhrmann Heinrich Wilhelm Schröder, alias Strom oder Stroh aus Bödelwitz, wegen Bigamie.

— # [Feuer.] Wie wir hören, wurde in der Nacht vom 27ten zum 28ten d. Mts. das herrschaftliche Schloß in Sadowitz, nicht weit von Canth gelegen, ein Raub der Flammen. Derselben ergriffen auch die Wirthschaftsgebäude, bevor dem wüthenden Elemente Schranken gesetzt werden konnte. Unglücksfälle sind nicht zu bezagen.

[Nat.-Verein.] In Folge der Mittheilung der heutigen Zeitung wegen der Sympathie in Schlesien für den National-Verein erkläre ich: daß allein in Breslau nahe an 200 Mitglieder sind, und daß in der Provinz die Theilnahme immer mehr hervortritt.

Breslau, den 29. Mai 1861.

Ferd. Fischer, Geschäftsführer für Schlesien.

**Breslau, 29. Mai.** [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Nikolaistraße Nr. 72 ein schwarzseidenes Kinder-Mantelchen; Messergasse 30 eine silberne Cylinderruhr, auf deren Rückseite der Name „Eberhard“ eingravirt ist; auf der Junkernstraße einem Vereins-Drochsentuch von seiner Drochse ein blauer Tuchpelot, mit schwarzem Kittai gefuttert.

Gestunden wurden: Eine kleine Schachtel, in welcher sich eine hohenzollerische Medaille und eine lange messingne Uhrkette befinden; ein Hundemaulkorb mit der Steuermarkte Nr. 505 pro 1861; ein weisseinernes Taschentuch, gez. W. K.; eine Wagenrunge; zwei Schaffelle.

[Lebensrettung.] Am 27. d. Mts. Nachmittags rettete hierorts der Schiffer Böhm aus Guben einen jährigen Knaben vom Ertrinken in der Oder, in die das Kind muthmaßlich beim Spiel mit andern Kindern durch Abgleiten vom Ufer hinter der Mithelmühle gestürzt war.

[Selbstmord.] An demselben Nachmittage stürzte sich in der Nähe der Oberbrücke an der Burgstraße ein unbekannter circa 60 Jahr alter Mann in die Oder und verschwand in den Wellen. Herbeigeeilte Schiffer fanden den Unglücklichen zwar bald, jedoch bereits entseelt am Ufer der Wasserfläre, wohin ihn die Strömung getrieben hatte, und zogen ihn ans Land. Velleidet war derselbe mit einer alten braunen karrirten Ober- und einer braunwollenen Unterjacke, alten braunen Wustschuhen, Brauent-Unterhosen, blaunwollenen Socken, weiß- und gelbbarriertem Halstuch, leinemem Hemde und Gummischuhen. In den Taschen der Kleidung fand man ein Taschenmesser mit schwarzer Hornschale und einen Holzkod von Fischbein mit Messingbeschlag.

e. Löwenberg, 28. Mai. Der allgemeine Frauen-Verein hat in dem abgelaufenen Verwaltungsjahre eine Einnahme gehabt von 722 Thlr. 12 1/2 Sgr.; dagegen eine Ausgabe von 555 1/2 Thlr. Der Fürstbischof Heinrich Förster von Breslau hatte im vorigen Jahre 528 Thlr. hergegeben behufs baulicher Einrichtung einer Kapellan-Wohnung im hiesigen Krankenhaus, das Hedwigstift genannt. Auf seiner Rückkehr von Lauban begriffen, woselbst am vorigen Trinitatis-Sonntage die Weihe der neugebauten katholischen Kirche stattgefunden hat, passirte der Herr Fürstbischof heute, Dinstag, gegen Mittag hier durch. Nachdem der Herr Fürstbischof durch das Curatorium des Hedwigstiftes, die Herren Parrer Aust von hier, Propst Häbner aus Zobten und Erzpriefer Tligner aus Lahn in dasselbe geführt worden war und über dessen ganze Arrangements sich befriedigt ausgesprochen, endlich bei des Fürsten von Hohenzollern-Hedwig'schen Hofe seinen Besuch abgestattet, setzte Hochdieselbe seine Weiterreise gegen 2 Uhr von hier fort über Bunsau.

3 Zauer, 29. Mai. Am gestrigen Tage wurde in der hiesigen Friedenskirche der Pastor Stenger aus Peterwitz durch den General-Superintendenten Dr. Sahn als Superintendent der jauerischen Diöcese installirt. Auf dem Konfirmationsfeste erfolgte die Vorstellung der Geistlichkeit, der Mitglieder des Kirchencollegio, der anwesenden Behörden und der Lehrer des Kreises. Die Stürge las Pastor Dehmel aus Praisnitz. Hierauf folgte ein Psalm, gesungen von den anwesenden Lehrern, und die Predigt, welche der Pastor prim. Herrmann von hier hielt. Die Installationsrede und den Akt selbst hielt der hochw. Herr General-Superintendent. Nach dem Gottesdienst hatte die Geistlichkeit noch eine Versammlung. — Die Lichter-selbstige Lotterie findet auch an diesem Orte große Theilnahme. Bis jetzt sind schon über 100 Gewinngegenstände an den Cantor Fischer, welcher die Sache in die Hand genommen, eingeliefert worden, und befinden sich darunter sehr schöne Erzeugnisse weiblicher Kunstfertigkeit. — Durch das Hochwaja



fer im vorigen Sommer wurden die Ufer der Neisse auf dem Gebiete des Dorfes Semmelwitz stark beschädigt. An der einen Stelle, wo der Mühlgraben parallel mit dem Flusse geht, und sich beide Gewässer sehr nähern, liegt die Gefahr eines Durchbruchs bei nur irgend stärkerem Wasserdruck ziemlich nahe, und in Anbetracht der Verwidelungen, welche sich dann mit den durch den Graben betriebenen Mühlen einstellen würden, wäre eine baldige Regulierung, resp. Wiederherstellung der Ufer sehr zu wünschen. Jedemfalls mögen die Verhandlungen wegen der Bauverpflichtungen noch schweben.

**= i = Guttentag, 28. Mai.** Dieser Tage ist ein Raubschuß aus Blüden in der Gegend von Mischlitz, großherzoglicher Kreis, durch einen Förster erschossen worden. Die gerichtliche Section erfolgte sogleich. — In Bonoschau ist ein Bergmann durch Quetschung verunglückt, aber noch am Leben. — Ihre Excellenz die Frau Minister Gräfin Büdler aus Berlin ist auf Patoka bei ihrem Schwiegerjohne, Regierungs-Ärztin v. Roscielski auf kurze Zeit zum Besuch angekommen. Die Lehrer der Umgegend haben diesen hohen Gast durch einen sehr schön vorgetragenen Männergesang bewillkommt.

**R. Ratibor, 28. Mai.** Gestern kehrte ein Theil des hiesigen katbol. Gesellen-Vereins von einer Excursion nach dem 6 Meilen von hier entfernten Dorfe Kluska zurück. Der dortige Ortspfarrer Herr Müde, dem als früheren Präses mehrere Beweise der Anhänglichkeit gegeben wurden, begleitete die Sänger auf ihrer Heimath bis Schlauensöh. — In Rosel wurde gestern durch die Gerichtsabtheilung über eine Anklage gegen den Bürgermeister Jösch daselbst, wegen Amtsvergehen, öffentlich verhandelt und Jösch verurtheilt.

**= o = Leobschütz, 27. Mai.** [Zur Tages-Chronik.] Unser landwirthschaftlicher Verein wird nach einer mehrjährigen Unterbrechung, am 19. Juni d. J. wiederum ein Thierausstellung, verbunden mit Antauf und Verloosung von Pferden, Rindern und verschiedenen landwirthschaftlichen Gegenständen, einem Pferderennen und einer Vertheilung von Prämien an würdige Dienstboten veranstalten. — Seitens der Staatsbehörde sind hierzu Prämienzuschüsse, Ehrenzeichen und Medaillen gewährt und dadurch das Interesse an der Sache bedeutend erhöht worden. — Der Preis einer Althe beträgt 10 Sgr. und Abnehmer von 10 Althen erhalten eine Frei-Althe. — Am 24. d. Mts. ist in einem Garten zu Rastfeld, einem Orte des hiesigen Kreises, unter einem Birnbäume das theilweise Gerippe eines menschlichen Körpers ausgegraben worden. Das Nähere hierüber dürfte wohl vielleicht für immer ein Geheimniß bleiben.

**m Tarnowitz, 27. Mai.** Bei dem Pfingstfeste, das den besten Schutz Herr Oberster Weigert. — Leider befindet sich die Angelegenheit unserer Synagogen-Gemeinde immer noch im alten Status, ungeachtet der von unserer humanen Bezirks-Regierung ergangenen Anordnungen zur Beseitigung der hergebrachten Uebelstände, und trotz des Eifers, womit unser Herr Bürgermeister sich der schwierigen Aufgabe widmet, die wünschenswerthe Regulierung herbeizuführen. Die in Folge Regierungs-Rescripts auf den 24. d. Mts. anberaumte Wahl eines Vorsitzenden des Gemeinde-Vorstandes kam nicht zu Stande, und die bisherige interimistische Leitung dauert fort.

**[Notizen aus der Provinz.] \* Görlitz.** Am 28. Mai feierte der Tuchfabrikant Hr. Geißler sein 50jähriges Jubiläum. — Das „Wochenblatt“ meldet von einem Strike der Droschkenfeser. Dieselben wollen sich nämlich nicht dem neuen Tarife, der am 1. Juni in Kraft tritt, unterwerfen, und am genannten Tage den Betrieb einstellen. Von Seiten der Behörden sollen für diesen Fall bereits Maßnahmen getroffen sein, die eine Abhilfe versprechen, so daß keine Störung im Fahrverkehr eintritt.

**† Lauban.** Am 25. d. Mts. traf hier der Herr Fürstbischof von Breslau, Dr. Heinrich Förster, ein, und wurde auf's Feierlichste empfangen. Sonntag den 26. war die Einweihung der neuen katholischen Kirche. Die Feierlichkeit begann Morgens 8 Uhr mit einer festlichen Prozession zur neuen Kirche. Die Weihe wurde unter Beihilfe der Herren Geistlichen vollzogen, dann die Kirche dem Publikum geöffnet. Sohe Messe, Kirchenmusik, Männerchor und Predigt beschlossen die Feierlichkeit Vormittags. Nachmittags Vesper, Firmung und Abends Mat-Anacht; Montags Fortsetzung der Ausstellung dieses heiligen Sacraments.

**△ Hirschberg.** Bei dem in voriger Woche abgehaltenen Jahrmarkt haben 111 hiesige und 265 auswärtige Verkäufer ihre Waaren feilgeboten. Am Viehmarkt waren 235 Pferde, 49 Ochsen, 430 Kühe, 25 Kälber, 45 Schafe, 1 Ziege, 85 Schweine und 16 Wagen mit Ferkeln zum Verkauf aufgestellt. — Am 30. Mai wird die Restauration auf dem Hofsteine bei Schreiberhau eröffnet.

**# Glatz.** Da mehrere Aussteller mit ihren Lieferungs-Gegenständen noch nicht fertig und auch noch nicht die allerhöchste Entscheidung, betreffend die Verloosung, eingegangen ist, soll die Eröffnung der Gewerbe-Ausstellung auf den 10. Juni verschoben werden.

**≡ Gleiwitz.** Bei der Revision der Kammereasse am 30. April hat sich ergeben: daß die Einnahme 19,866 Thlr. 12 Sgr. und die Ausgabe 16,999 Thlr. 12 Sgr. 5 Pf. beträgt, so daß also ein Bestand von 2866 Thlr. 29 Sgr. 7 Pf. verbleibt.

## Gefekgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

**△ Reichenbach, 25. Mai.** [Gerichtsverhandlungen.] Die Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts verhandelte heute Morgen eine Anklage gegen eine Einwohnerin von Dreißigbüden wegen fortgesetzter Mißhandlung ihres sechsjährigen Kindes. Die Anklage und die in der öffentlichen Sitzung vorgetragenen Zeugenaussagen lieferten ein trauriges Bild der Rohheit. Das Kind war außer der Ehe geboren, und bis vor etwa einem Jahre bei anderen Leuten in Pflege gegeben. Nachdem die Mutter inzwischen sich verheiratet hatte, nahm sie ihr Kind zu sich und scheint den Plan gehabt zu haben, es durch Schläge, Hunger, Kälte und andere Peinigungen strafflos zu beseitigen. Der Gerichtshof erkannte gegen die unnatürliche Mutter auf 4 Wochen Gefängnis, und wird das Kind einer Rettungsanstalt übergeben werden. — Gestern standen 2 Knaben aus Ernsdorf von 12 und 14 Jahren vor den Richtern, des Betruges angeklagt. Die Knaben hatten bei dem letzten Jahrmarkt einen Thaler von Zuder aus einer Verkaufsbude entwendet und Gelegenheiten gefunden, dieses Stück als Thaler bei Ankauf von Schwaaren zu verausgaben. In Rücksicht auf das jugendliche Alter der Angeklagten wurde der jüngere Knabe freigesprochen, der ältere mit einer Woche Gefängnis bestraft.

### Substationen im Juni.

Regierungs-Bezirk Breslau.  
Landes, Mehlmühlenbesitzung Nr. 96, abg. 14,914 Thlr. — 15. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Komm. 1. Bez. Landes.  
Haben, Grundstück 35 nebst Ackerland 44, abg. 10,166 Thlr. — 5. Juni, 11½ U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
Kleinburg, Gärtnerei 2, abg. 5200 Thlr. — 12. Juni, 11½ U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
Groß- und Wenig-Rossen, Rittergut von 695 M. 81 □ R., abg. 34,286 Thlr. — 1. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Münsterberg.  
Deutsch-Tschammendorf, Bauergut 14, abg. 5209 Thlr. — 3. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Strehlen.  
Polnisch-Hammer, Besitzung Nr. 101, abg. 5700 Thlr. — 21. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Trebnitz.  
Steinseiffersdorf, Grundstück 80, abg. 1400 Thlr. — 3. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Reichenbach.  
Jordanmühl, Bauergut 3, abg. 11,908 Thlr. — 24. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Deput. Rumpsch.  
Münsterberg, Haus Nr. 129 nebst Scheuer, Stall und Gärten, abg. 750 Thlr., Ackerland Nr. 57, abg. 360 Thlr., Ackerland Nr. 61, abg. 425 Thlr., Ackerland 73, abg. 750 Thlr. — 15. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Münsterberg.  
Reichenbach, Häuser Nr. 90 u. 101, abg. ersteres 1968 Thlr. — 27. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Reichenbach.  
Strehlen, Häuser 211 und 212, abg. 1401 Thlr. — 10. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Strehlen.  
Mischelsdorf, Bauergut 10, abg. 2804 Thlr. — 13. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Waldenburg.  
Brzelewie, Häuserstelle 52, abg. 1030 Thlr. — 12. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Comm. Lewin.  
Neurode, Haus Nr. 2, abg. 4482 Thlr. — 8. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Comm. 1. Abth. Neurode.  
Dels, Freihaus 71, abg. 3139 Thlr. — 24. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Dels.  
Ranzendorf, Freistelle Nr. 20, abg. 1965 Thlr. — 26. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Deputation Steinau.  
Hausdorf, Freigärtnerei Nr. 15, abg. 1522 Thlr. — 28. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Neumarkt.  
Rauern, Freistelle 34, abg. 1700 Thlr. — 27. Juni, 11½ U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Dplau.

Fellhammer, Freihaus Nr. 47, abg. 1800 Thlr. — 18. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Waldenburg.  
Bernstadt, Grundstück 303, abg. 3619 Thlr. — 14. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Kommission Bernstadt.  
Neurode, Grundstück 35, abg. 1652 Thlr. — 21. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Kommission 1. Abth. Neurode.  
Jesselwitz, Grundstück Nr. 3, abg. 800 Thlr. — 12. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Münsterberg.  
Weizenrodau, Freigärtnerei 38, abg. 2500 Thlr. — 28. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Schweidnitz.  
Silberberg, Haus 64, abg. 868 Thlr. — 22. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Frankenstein.  
Braunau, Grundstück 93, abg. 844 Thlr. — 8. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Gubrau.  
Reinerz, Haus Nr. 21 nebst Zubehör, abg. 971 Thlr. — 7. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Kommission Reinerz.  
Freiburg, Häuser 14 u. 15, abg. 950 Thlr. resp. 450 Thlr. — 11. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Kommission Freiburg.  
Nieder-Oberndorf, Grundstücke 23 u. 38, abg. 650 Thlr. resp. 780 Thlr. — 24. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Strehlen.  
Groß-Pantzen, Bauergut Nr. 8, abg. 2605 Thlr. — 8. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Kommission Wijnig.  
Zedlitzheide, Freihaus Nr. 6, abg. 942 Thlr. — 26. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. 1. Abth. Waldenburg.  
Reichenbach, Gasthof zum Stern Nr. 377 a — 29. Juni, 10 U. — Kr.-Ger. 2. Abth. Reichenbach.  
Prausnitz, Grundstück 26, (Wohnhaus, Stallung und 2 Morgen Garten) — 4. Juni, 11 U. — Kr.-Ger. Kommission Prausnitz.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Die Amortisation der Pfandbriefe führt zu größerer Verschuldung der Rittergüter.] Unter obigem Titel ist im Verlage von E. u. W. Trendel hierher eine Schrift des Landes-Notariats Herrn C. M. Wittich erschienen, welche nicht verlesen wird, die Aufmerksamkeit unserer slesischen Grundbesitzer in hohem Grade zu erregen. Wer nur einigermaßen in die Verhältnisse eingeweiht ist und weiß, wie schwer es dem Gutsbesitzer wird, in jetziger Zeit Geld flüssig zu machen, das andererseits wieder bei dem jetzigen Stande und Vertriebe unserer Landwirtschaft und den so mannichfach vorkommenden Hypotheken-Kündigungen mehr denn je erforderlich ist, wird keinen Augenblick darüber in Zweifel sein, daß irgend Etwas, und zwar bald, geschehen muß, um einen der geachteten und wichtigsten Stände unseres Staates vor drohendem Ruine zu bewahren. Der erste Abschnitt der Schrift handelt von den Ursachen der immerwährenden Verschuldung der Rittergüter.

In dem zweiten Abschnitte, in welchem der Verfasser die Wirkungen der Amortisation der Pfandbriefe bespricht, zeigt er, daß eine Schuldentilgung allerdings schon im Interesse der Grundbesitzer stattfinden müsse, die Hypothekenschulden — „diese Drachengattung des Grundbesitzes“ — treffen sollte. Und hiermit kommt der Verfasser zu seinem letzten Abschnitt, in welchem er die Schuldentilgung der Rittergüter ausführlich erörtert und schließlich in der permanenten landwirtschaftlichen Beleihung derselben bis zu zwei Drittel ihrer Werthe die entsprechende Hilfe zu finden glaubt. — Während z. B. Eisenbahn-Aktien, die eigentlich gar kein solches Pfand bieten und bei den geringsten politischen Schwankungen um 50 pCt. fallen, bei königlichen und Privat-Geldinstituten bereitwillig als Pfand angenommen werden, ist für den Gutsbesitzer auf die sichersten Hypotheken taum ein Darlehn zu erlangen. Ein entsprechendes Heilmittel gegen derartige unnatürliche Zustände wäre, wie gesagt, nach Ansicht des Verfassers eine permanente landwirtschaftliche Beleihung der Güter bis zu 2/3 der Gutsverthe, bei welcher der ritterschaftliche Grundbesitz die General-Garantie übernimmt. Gleichzeitig würde hierdurch, wie durch Beispiele und Zahlen speziell nachgewiesen wird, die Möglichkeit gegeben, in einem Zeitraum von 40 Jahren fast sämtliche Hypothekenschulden der slesischen Rittergüter abzulösen. — Der Stand der Grundbesitzer muß sich selbst zu helfen suchen und durch einmüthige und energische Maßnahmen eine Veränderung der Sachlage je rascher, je besser herbeizuführen suchen, sei es nun, wie der Verfasser wünscht, mit der Waffe der „Kapitalisirung und permanenten Beleihung des Grund und Bodens“, oder aber, wie wir bescheidenlich hinzuweisen wollen, in irgend einer anderen entsprechenden Weise, wie z. B. durch schleunigste Errichtung resp. Abnahme von „Hypotheken-Versicherungsanstalten“. Jedenfalls aber dürfte dem Herrn Verfasser unter allen Umständen das Verdienst bleiben, ein so überaus wichtiges Thema zur Sprache gebracht, die von seinen sämtlichen Standesgenossen in dieser Beziehung getheilten Gefühle in Worte eingekleidet und durch deren ungekünstelte Darlegung Anlaß zu gründlicher Erörterung resp. Seilung eines wuchernden Krebsgeschwulstes gegeben zu haben.

[Drainage.] Im landwirthschaftlichen Interesse erlaubt sich der Unterzeichnete auf die Wichtigkeit der Verwerbung von gerichteten Röhren bei der Drainage aufmerksam zu machen und das Verfahren bei der Anfertigung solcher Röhren in der Vereins-Ziegelei bei Dels zu empfehlen. Ein sehr einfacher und wenig kostspieliger Apparat erstet die theuern Röhren-Pressen, und die Arbeitskosten werden gegen die frühere Methode nicht erhöht; die Fabrikation der Röhren wird hierdurch sehr erleichtert. Die eigene Anschauung am Orte würde das Gesagte am besten bestätigen. Richter, Techniker.

**Westh, 24. Mai.** [Schafwolle.] Nachdem unsere Lager seit längerer Zeit mit Ausnahme von Sommerwollen beinahe gänzlich geräumt sind, so sind auch außer dieser Gattung, wovon mehrere 100 Ctr. zu unveränderten Preisen aus dem Markt genommen wurden, nur unbedeutende kaum erwähnenswerthe Bestände vorgekommen. Durch den ganzen Monat Mai hatten wir immerwährend kalte Witterung, wodurch die Wollschaf im Allgemeinen verhindert wurde, zu dem am 27. d. Mts. beginnenden Merdarmmarkt werden wir daher von neuen Einschuwoollen noch gar keine Zufuhren erhalten und wird auch das zu diesem Markte gewöhnlich schon erscheinende Quantum Zweifelschurwollen diesmal bedeutend kleiner sein. Inzwischen hat seit einigen Tagen das kalte Wetter in einen milden Regen umgeschlagen, wonach wohl endlich eine günstigere Zeit für die Wäße eintreten wird, um damit allgem. beginnen zu können. Wie sich die Preise für unsere neuen Wollen gestalten werden, bleibt in Frage, weil solche ganz vom damaligen Stande unserer Valuta abhängen.

**Liverpool, 25. Mai.** [Baumwolle.] Die amerikan Nachrichten haben diese Woche bedeutende Aufregung und eine Preissteigerung von reichlich 1/2 d für amerikanische Sorten veranlaßt. Man urtheilt, daß bei Baumwolle unter allen Umständen jetzt wenig riskirt ist, oder viel zu gewinnen wäre, falls der Bürgerkrieg sich bis zum Herbst hinziehen sollte. — Die Erbitterung der Parteien ist so groß, daß erst nach vielen Leiden eine Rückkehr zur Vernunft möglich erscheint, und da während der Sommerhize wenig Entscheidendes geschehen kann, so läßt sich keine baldige Aufhebung der Blockaden hoffen.

Gutartige Qualitäten werden immer rarer, und bedingen 1/2, 3/4 d über Notierungen. Die Spekulation ist auch in östindischen Gattungen auf Befeuerung sehr thätig gewesen, und man bezahlte 6 1/2 d für neue Broad, 6 1/2 d für Dholera und 6 d für alte midfair. Midfair Dholera am Plaze 5 1/2 d gefragt.

Unter den Spekulationskäufern sind die Chefs einiger namhafter amerikanischer Häuser, welche eben angekommen, besonders bemerkbar gewesen. Umgekehrt wurden diese Woche 80,520 Ballen, wovon 18,960 Ballen auf Spekulation und 16,320 Ballen zur Ausfuhr.

Heute gingen 10,000 Ballen um. Unterwegs sind von Amerika 114,000 Ballen gegen 240,000 Ballen voriges Jahr, und von Ostindien 229,939 Ballen gegen 92,648 Ballen voriges Jahr.

**† Breslau, 29. Mai.** [Börse.] Bei matter Stimmung waren die Course weichend. National-Anleihe 57 1/2 — 57 3/4, Credit 64, Wiener Währung 72 1/2 — 72 3/4. Von Eisenbahn-Aktien wurden Freiburger niedriger gehandelt. Schleifische Bantantien liegend bis 81 1/2 bezahlt. Fonds unverändert.

**Breslau, 29. Mai.** [Amtlicher Produkten-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pund) behauptet; pr. Mai 49 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 48 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 48 — 48 1/2 Thlr. bezahlt, Juli-August 48 1/2 Thlr. bezahlt, Juli-August 48 Thlr. Gld., August-September 48 Thlr. Gld., September-Oktober 47 1/2 Thlr. bezahlt. — Gerstendigt 1300 Scheffel Hafer.

Rübsen wenig verändert; loco 11 1/2 Thlr. bezahlt, pr. Mai 11 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 11 1/2 Thlr. bezahlt, Juni-Juli 11 1/2 Thlr. Br., Juli-August 11 1/2 Thlr. Br., September-Oktober 11 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 11 1/2 Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus Anfangs matter, schließt fester; loco 19 Thlr. Br., pr. Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 18 1/2 — 1/2 Thlr. bezahlt, Juli-August 18 1/2 Thlr. bezahlt, 18 1/2 Thlr. Gld., August-September 19 1/2 Thlr. Gld.

Die Börsen-Commission.

**Wasserstand.**  
Breslau, 29. Mai. Oberpegel: 15 3/4. Unterpegel: 8 3/4.

## Eisenbahn-Zeitung.

**† Glogau, 26. Mai.** Am gestrigen Tage fand die General-Versammlung der Aktionäre der nieder-slesischen Zweigbahn statt. Aus dem vom Direktor Lehmann vorgetragenen Geschäftsbericht pro 1860 theilen wir Folgendes mit. Während die nieder-slesische Zweigbahn im J. 1859 zu den wenigen preussischen Eisenbahnen gehörte, die sich einer Einnahme-Vermehrung zu erfreuen hatten, ist sie im Jahre 1860 die einzige preussische gewesen, welche eine Einnahme-Verminderung zu beklagen hatte. Die Gesamt-Einnahme des Jahres 1860 blieb mit 180,081 Thaler 20 Sgr. 4 Pf. um 3241 Thaler 10 Sgr. 3 Pf. pro 1859 zurück. Die Einnahme-Verminderung trat vorzugsweise bei dem Personenverkehr ein; derselbe ergab einen Ausfall von 2909 Thaler 28 Sgr. 4 Pf., während die übrigen 331 Thaler 11 Sgr. 11 Pf. bei den extra-ordinären Einnahmen ausfielen. Die Zahl der Reisenden, welche 1859 105,941 Personen betrug, erreichte im Jahre 1860 nur die Höhe von 90,181. Der Gesamtgüterverkehr, der 1859 die Höhe von 1,544,855 Ctr. erreichte, war im vorigen Jahre nur 1,489,063 Centner. Den ungünstigen Einnahmen gegenüber ist mit großer Wachsamkeit auf eine entsprechende Verminderung der Ausgaben Bedacht genommen worden, nur in dieser Beziehung sind wesentlich günstigere Resultate erzielt worden als im Jahre 1859, indem die Gesamtausgaben sich um ca. 12 % vermindert haben. Der Erneuerungsfonds beträgt jetzt in Summa 32,732 Thaler 2 Sgr. 1 Pf., also 5462 Thaler 21 Sgr. 10 Pf. mehr als pro 1859. Im Jahre 1860 sind erpedit resp. bewegt worden 1464 fahrplanmäßige Personen- und gemischte Züge, 14 Extrazüge für Personen und 363 Extrazüge für Güter, also zusammen 1841 Züge. Was nun die Einnahme resp. Frequenz der Bahn betrifft, so war die Einnahme des Personenverkehrs im 1. Semester 41,432 Personen mit 25,282 Thlr. 25 Sgr., und im 2. Semester 48,749 Personen mit 30,399 Thaler. Auf dem Gütertransport wurden 1,489,063 Ctr. Frachtgüter, und 50,885 Ctr. Vieh befördert, die gegen voriges Jahr 55,792 Ctr. Fracht weniger und 28,592 Ctr. Vieh mehr. Sämmtl. Einnahmen aus dem Transportverkehr belaufen sich auf 173,896 Thaler 5 Sgr. 1 Pf., sie bleiben gegen die des Vorjahres um 2615 Thaler 14 Sgr. 1 Pf. zurück. Die durch den elektromagnetischen Telegraphen der Zweigbahn vermittelte Correspondenz umfaßt 805 Privat- und 36 kostenfrei beförderte Staatsdepeschen, wofür an Beförderungsgeldern 253 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf. erhoben worden. Die Gesamtausgaben betrugen 78,847 Thaler 16 Sgr. 9 Pf., während die Einnahmen 180,081 Thaler 20 Sgr. 4 Pf. betrugen, es verblieb sonach ein Reinertrag von 101,184 Thaler 3 Sgr. 7 Pf., welche Summe durch folgende Ausgabe verzehrt wurde: a. an Zinsen für Prioritäts-Obligationen und Prioritäts-Stammaktien im Betrage von 50,778 Thaler 10 Sgr.; b. zur Amortisation des Prioritäts-Obligationen-Kapitals 9431 Thlr. 20 Sgr.; c. Mädlage in den Erneuerungsfonds 32,732 Thaler 2 Sgr. 1 Pf.; d. Beitrag zur Beamten-Pensions- und Unterhaltungs-Kasse 1000 Thlr.; e. an den Staat Steuer 181 Thaler 1 Sgr. 6 Pf., und f. zur Vertheilung als Dividende auf 1,412,200 Thaler Stamm-Aktien-Kapital à 1/2 % mit 7061 Thaler. Aus der General-Versammlung theilen wir mit, daß sich 30 Aktionäre mit 49 Stimmen eingefunden hatten. Von dem Prinzen Louis v. Schönau-Carolath wurde ein Antrag in Bezug auf den Bau der Klopshen-Wiegnitzer Bahn in Vereinigung mit der nieder-slesischen Zweigbahn angekündigt, der jedoch erst später zur Erwägung der Direktion kommen soll. Von dem Kaufmann Kade aus Sorau wurde der Antrag gestellt, wegen der Vorarbeiten einer Verbindungsklinie zwischen der Strecke Sagan-Sanddorf und der projektirten Sorau-Torgau-Halle'schen Eisenbahn Schritte zu thun, die ebenfalls der Direktion von der General-Versammlung anheimgegeben worden sind.

Aus Gütersloh vom 25. Mai wird der „Westfälischen Zeitung“ berichtet: „Gestern hat sich auf dem Bahnhofe hierher ein schauerliches Unglück zugetragen. Der Abends von Deutz abgehende Köln-Berliner Kurierzug, welcher hier nicht hält, sondern zwischen 10 und 11 Uhr vorbeifährt, lief bei seinem Einlaufen in den hiesigen Bahnhof auf den unrichtigen Schienenstrang und rannte im vollen Laufe auf eine dort still stehende Lokomotive. Der Anprall war furchtbar. Die Maschinen wurden mehr oder weniger zertrümmert, der Wadwagen buchstäblich zermalmt und sämtliche Personenwagen übereinander gethürmt und dann umgeworfen. Der Lokomotivführer liegt tödtlich darnieder und man zweifelt vollständig an seinem Aufkommen. Sämmtliche übrigen Beamten sind mehr oder weniger verkrümelt, jedoch teimer lebensgefährlich. Von den Passagieren wurde bloß eine Dame so verletzt, daß sie hier liegen bleiben mußte. Die übrigen kamen mit leichten Contusionen und dem Schreden davon und konnten später ihre Reise fortsetzen. Der Bahnhof's-Inspektor und der betreffende Weichensteller sind verhaftet; beiden fällt eine grobe Fahrlässigkeit zur Last.“

## Vorträge und Vereine.

**M. Breslau.** [Thierschus-Verein.] Der Vorsitzende-Stellvertreter, Kaufm. König, eröffnet die Sitzung mit der Nachricht von dem Tode des Vereinsmitgliedes Kilograph Gerlich. Der Lehrer Leisner in Waldenburg ist gesonnen, dortselbst die Gründung eines Thierschusvereins in die Hand zu nehmen und erucht um Zustimmung von Vereinsmitgliedern. Ueberhaupt gehen jetzt mehrere Nachrichten über zu gründende Thierschus-Vereine in der Provinz ein und es ist als besonders erfreulich hervorzuheben, daß sich der Lehrersyndikat dieser Angelegenheit immer mehr zuwendet. Nach einem Berichte sind in Böhmen Thierquälerei außer Geld- oder Gefängnisstrafen mit Stockschlägen belegt worden. Von dem Buchhalter Diener werden mehrere empörende Fälle von Thierquälerei berichtet, welche bei den zuständigen Behörden anhängig gemacht worden sind. Das Publikum aber wird erucht, Fälle von Thierquälerei zur Kenntniß des Vorstandes zu bringen.

Hiermit erlauben wir uns wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß die aus unserer Fabrik hervorgegangenen Stahlfedern mit unserer vollen Firma: **Heintze & Blanckertz** gestempelt sind, und daß es außer unserer Fabrik, keine Fabrik von Stahl- oder Metallschreibfedern mehr in Deutschland giebt. [3095] Heintze & Blanckertz in Berlin.

**An die geehrten Bewohner von Breslau.**  
Der in Nr. 243 der Breslauer Zeitung von Hrn. Dr. Bohmer empfohlene einstündige Vortrag des Hrn. Dr. Groß-Söffinger über die Toleration-Zweien Friedrich's II. und Joseph's II. wird den 1. Juni Abends 7 Uhr im Musiksaale der Universität gehalten werden. Der Geldbetrag des Vortrags soll theilweise der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung zu Gute kommen. Dieser Zweck läßt den Vorstand der Stiftung hoffen, daß die patriotischen Bewohner von Breslau dem Vortrage in liberaler Weise ihre Aufmerksamkeit schenken werden. Eintrittskarten à 15 Sgr. liegen in sämtlichen Buchhandlungen, wie auch in der Handlung des Hrn. Eduard Groß, am Neumarkt 42, und bei Hrn. Kaufmann Seliger, perm. Industrie-Ausstellung, Ring Nr. 15, bereit. An der Kasse werden keine Billets auszugeben, da deren Zahl beschränkt ist. [4255] Der Vorstand der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung für die Provinz Schlesien.

## Bad Jastrzemb.

Am 2. Juni d. J. wird das neu errichtete [4759] **Bad Jastrzemb bei Loslau in Oberschlesien** eröffnet werden. — Die chemische Untersuchung des Jastrzember Wafers hat außer einem reichen Kochsalzgehalte auch die Anwesenheit erheblicher Quantitäten von **Jod** und **Brom** dargethan und durch diese seltenen Eigenschaften tritt dasselbe mit voller Berechtigung in die Reihe der segensreichen Quellen von **Krenznach**, **Wildbad**, **Kranfenheil** (Elsz) und **Heibronn**. — Mit den badeärztlichen Geschäften ist der Kreis-Physikus Dr. **Seer** zu Ratibor betraut worden und außer ihm ertheilt Herr Dr. **Freund** in **Breslau** jede gewünschte ärztliche Auskunft, während die **Badeverwaltung** zu **Jastrzemb** und Herr Brunnenmeister **J. J. Stumpf** zu **Breslau** (Lauengienstraße 73) zu Mittheilungen über Wohnungen, Preise, Reise u. c. erbötig sind. — Den Debit des **Jastrzember Wafers** hat Herr **Hermann Straka** in **Breslau** übernommen.

## Wasserheil-Anstalt in Breslau.

Kohlenstraße Nr. 1-2. [4812] Direktor und Arzt der Anstalt: Dr. **Winoff**.



Nr. 56b der Tauenzienstraße hieselbst sind  
 Subr. III. Nr. 4 auf Grund des Kaufvertrages  
 vom 26. März 1860 bezüglich der darin  
 enthaltenen Schuldverschreibung des Fräuleins  
 Lucille Thomas, für den königl. Regie-  
 rungs-Rath a. D. Friedrich Wilhelm  
 Ranke zu Leipzig bei Jossen 3600 Thlr.  
 ab 5 Prozent Zinsen seit dem 1. April  
 1860 zufolge Verfügung vom 5 Mai 1860  
 eingetragen. Die betreffende Hypotheken-  
 Urkunde ist angeblich verloren gegangen.  
 Alle Diejenigen, welche an diese Urkunde  
 als Eigentümer, Cessionarier, Pfand- oder  
 sonstige Briefsinhaber Ansprüche machen  
 wollen, haben dieselben bei dem unterzeich-  
 nenden Gerichte sofort, spätestens aber in dem  
**am 8. Juli 1861, Vorm. 11½ Uhr,**  
 vor dem Gerichts-Assessor Tieze  
 in I. Stod des Gerichtsgebäudes anstehenden  
 Termine anzumelden und nachzuweisen, widri-  
 gensfalls sie ihrer Ansprüche werden für ver-  
 lustig und die aufgebotene Urkunde wird für  
 haltlos erklärt werden.  
 Breslau, den 21. März 1861.  
**Königl. Stadt-Gericht. Abthl. I.**



